

Jakob III. von Eltz, Kurfürst von Trier.

Von Dr. Gertrud Müller in Bielefeld.

(2. Teil. *)

III. Jakob III. von Eltz als Kurfürst des Deutschen Reichs.

1. Die kriegerischen Wirren am Rhein und die politische Stellung Triers zu den Nachbarstaaten in den ersten Jahren der Regierung Jakobs III.

Die äußere Politik Jakobs III. steht in starkem inneren Zusammenhang mit seiner Territorialpolitik. Denn auch bei seinen Beziehungen zu den andern Ständen des Reiches und zu außerdeutschen Mächten ist die katholische Idee der leitende Gesichtspunkt. Wie ist ein weiteres Vordringen des Protestantismus am Rhein und die damit verbundene Gefährdung auch des Trierer Katholizismus zu verhüten? Das war die Frage, die seine Politik beherrschte. Dazu trat noch ein rein politisches Problem, das häufig mit jenem ersten verquickt war: das Erzstift durch diplomatische und militärische Maßnahmen davor zu bewahren, in die kriegerischen Wirren der Nachbarn hineingezogen zu werden Vornehmlich in den ersten Jahren seiner Regierung trat diese Aufgabe an Jakob von Eltz heran.

Die Vorbedingungen für einen Erfolg in diesem Punkte waren die denkbar ungünstigsten infolge der überaus schwierigen Lage Triers an der Grenze zweier ständiger Kriegsschauplätze, Frankreichs und der Niederlande. Alba und Oranien, die Krone Frankreich, die Hugenotten und Johann Kasimir von der Pfalz, alle diese Parteien fanden im Trierer Erzstift bequemen Sammelplatz, Aufmarsch- und Durchzugsgebiet, von dem sie reichlich Gebrauch machten. Durch Verhandlungen mit den Regierungen oder den Führern der Truppen suchte Jakob sein Land vor größerem Schaden zu bewahren. Freilich nicht immer mit Erfolg.

Schon im Sommer 1567, als Jakob soeben erst Kurfürst geworden war, sah er sich genötigt, dem spanischen Obersten Albrecht, Graf zu Ladron, der für Philipp II. ein Regiment hochdeutscher Landsknechte anwerben sollte, zu gestatten, daß er einen Teil der Geworbenen ins Erzstift legte und dort bis nach der Musterung verpflegte¹⁾. Dem spanischen Beispiel folgte im Winter 1567/68 der Kardinal von Lothringen mit umfangreichen Werbungen auf Trierer Gebiet für den französischen König. Doch setzte Jakob hier wenigstens die Zahlung einer Kautionssumme von Frankreich für die Schädigung der Bewohner durch, hatte aber den Ärger, daß nun der Kurfürst von der Pfalz daraus seinerseits ein Recht für die Truppenwerbungen Johann Kasimirs ableitete²⁾. Im Sommer 1568 rührte Wilhelm von Oranien ebenfalls die Werbetrommel am Rhein und sammelte hier seine Scharen, die übel hausten. Erst auf mehrmalige Mahnung durch Friedrich von der Pfalz, der als Oberster des kurrheinischen Kreises von Trier und Köln dazu dringend ersucht worden war, versprach Oranien Abstellung der Mißstände. Er wies aber darauf hin, daß es recht und billig sei, wenn die Vorteile, welche die Fürsten seinem spanischen Gegner gewährt hätten, nun auch ihm zugebilligt würden³⁾.

Die schwerste Gefährdung für die Gebiete am Rhein bedeutete aber der Anmarsch französischer Truppen an die deutsche Westgrenze unter dem Herzog von Aumale 1569. Es drohte dadurch der französische Bürgerkrieg auch auf Westdeutschland überzugreifen. Bei den ganz ungläublichen Verwüstungen durch die fremden Truppen tauchte unter den rheinischen Fürsten der Gedanke an Selbsthilfe auf, angeregt und besonders lebhaft verfolgt von Friedrich III. von der Pfalz. Als Kreisoberster und der zugleich am meisten Bedrohte schlug er vor, eine Gesandtschaft an den französischen Hof abzuordnen und zugleich Kriegsvolk, etwa 4000 von Oranien entlassene Reiter, zum Schutze zu werben⁴⁾. Doch gelang es Friedrich III. nicht, diese Maßnahmen bei den andern Fürsten durchzusetzen. Denn auch dann, wenn ihre Wege im Grunde zusammengingen, wie hier bei der

*) Vergl. den 1. Teil der Biographie dieses Trierer Kurfürsten in „Trierer Heimatbuch“ 1925 S. 1—18. Zum Anschluß daran sind hier die Seitenzahlen [19 ff. beigefügt.

¹⁾ Roth, Gesch. d. Grafen u. Herren v. Eltz, Mainz 1890, II, 268 f.

²⁾ Kluckhohn, „Br. Friedr. d. Frommen“ II. S. 249. — ³⁾ eb. S. 244. — ⁴⁾ eb. S. 292 ff.

gemeinsamen Gefahr, schwand das alte Mißtrauen zwischen den geistlichen Kurfürsten und den Pfälzern nicht und verhinderte zuletzt jede nachdrückliche gemeinsame Politik. Die Kurfürsten mochten fürchten, auf irgend eine Weise durch diese Maßnahmen die protestantischen Pläne des „Erzketzers“ Friedrich zu fördern, dessen antikatholische Unionspläne offenkundig genug waren. Friedrich traute von seiner Seite den „Pfaffen“ ebenso wenig. Er hielt dieses französische Unternehmen für einen katholischen Vorstoß gegen die deutschen Protestanten und nahm daher an, daß die geistlichen Fürsten als diejenigen, „so dem babst mit eidspflichten zugethan und verbunden“¹⁾, mit den Franzosen im Grunde sympathisierten.

So wurde denn am 24. März auf dem Kreistag zu Mainz beschlossen, nichts zu tun und den Erklärungen des französischen Königs und des Herzogs von Aumale Glauben zu schenken, die versichert hatten, daß sie es nicht auf deutsches Land abgesehen hätten. Im übrigen hoffte man auf die gute Wirkung der Gesandtschaft, die der Kaiser auf Ersuchen Friedrichs nach Frankreich geschickt hatte. Bei der großen Scheu der deutschen Fürsten vor irgendwelchen Ausgaben, ihrer ängstlichen Sorge, doch ja das mächtige Frankreich nicht zu verstimmen, war dies freilich der bequemste Weg. Wirklich endete dieses französische Unternehmen ohne weitere Folgen für das deutsche Reich, wahrscheinlich weil die von Frankreich erwartete spanische Unterstützung ausblieb²⁾.

Also nicht durch ein energisches Auftreten suchte Jakob von Eltz in den Nöten dieser ersten Jahre sein Land zu schützen, sondern durch vorsichtige Rücksichtnahme auf die beiden mächtigen Nachbarn Frankreich und Spanien. Das ist auch seine Taktik geblieben. Als man ihm 1574 vorwarf, er habe sich „an Frankreich und Burgund gehenckt“, bekannte er frei, er habe „der gewaltigen Nachbarschaft halben“ Frankreich und Spanien „bisweilen was zusehn und nachgeben müssen, endlich aber dem Reich keineswegs zum nachtheil“³⁾. Was blieb ihm bei seinen geringen Mitteln und bei der geographischen Lage seines Landes auch anders übrig?

Daß auch dieser Weg nicht so leicht zu verfolgen war, leuchtet ein, wenn man bedenkt, wie stark die französisch-spanischen Gegensätze waren. Eine Freundschaft mit beiden Mächten verlangte schon ein hohes Maß von politischer Geschicklichkeit, und ohne Zweideutigkeit ging es für Trier dabei nicht ab. Jakob mußte es sich gefallen lassen, bald für einen Parteigänger Spaniens, bald für einen Freund Frankreichs gehalten zu werden. Über die Beziehungen zu Frankreich wissen wir so gut wie nichts, während wir über das Verhältnis zur spanisch-niederländischen Regierung ziemlich gut unterrichtet sind. Das scheint mir kein Zufall zu sein. Die Sympathie Jakobs und seiner Räte war doch vor allem auf der Seite Spaniens. Das können wir heute im Gegensatz zu einzelnen Zeitgenossen⁴⁾ auf Grund der erhaltenen Briefsammlungen wohl behaupten.

Die starke Neigung für Spanien, die zu einer immer engeren Verbindung der spanisch-niederländischen mit der Trierer Politik geführt hat, war allerdings nicht von vornherein vorhanden. Schon bald nach seinem Regierungsantritt hatte sich Jakob von Eltz über einen kränkenden Eingriff Albas in seine landesherrlichen Rechte zu beklagen, durch den der Kurfürst vorübergehend in die Reihen der Gegner Spaniens geführt wurde. In dem Streit zwischen dem Erzbischof und der Stadt Trier spielte sich, wie schon erwähnt, der Herzog als Verteidiger der Stadt gegenüber den vermeintlichen Übergriffen des Erzbischofs auf. Nachdem schon kleinere Truppenverbände aus dem spanischen Luxemburg den Bürgern zu Hilfe gekommen waren, drohte Alba in einem hochfahrenden Schreiben an Jakob mit Schlimmerem, falls der Kurfürst nicht nachgebe⁵⁾. Jakobs berechtigte Empörung wurde von den deutschen Fürsten durchaus geteilt, da sie ähnliche Angriffe bei der Selbstherrlichkeit Albas und seiner Geringschätzung ihrer fürstlichen Würde befürchten mußten. Es kam auf Veranlassung der rheinischen Fürsten zu einer Intervention Kaiser Maximilians

¹⁾ eb. S. 300. — ²⁾ von Bezold, „Br. Johann Kasimirs . . .“ I. S. 52 f.

³⁾ Schneidt, . . . Königswahl Rudolfs II. (Würzburg 1792), S. 73.

⁴⁾ *Documentos ineditos para la historia de España*, Bd. 111. S. 369 berichtet z. B. der spanische Gesandte in Wien, Montagudo, von Gerüchten über Beziehungen Triers zu Frankreich. Ebenso der venezianische Gesandte Tron. Moritz, „Wahl Rudolfs II.“, S. 48 Anm. 2.

⁵⁾ Moritz Ritter, *Deutsche Geschichte von 1555—1648*, Stuttgart 1889, I. S. 391 f.

bei Philipp II., die sich gegen die Gewaltherrschaft Albas in den Niederlanden und seine Anmaßung gegenüber den deutschen Fürsten¹⁾ richtete. Das Ergebnis war freilich nur eine schroffe Abweisung der Intervention durch Philipp II. infolge der Lauheit des Kaisers, bei dem dynastische Interessen zur Vorsicht mahnten, und der Unentschlossenheit und Uneinigkeit der Fürsten. Wollten die Fürsten wirklich ein Ergebnis bei ihrem Vorgehen erzielen, so mußten sie, nachdem sie einmal so weit gegangen waren, auch noch den von Pfalz, Sachsen und Brandenburg gewünschten weiteren Schritt tun und im Fall einer spanischen Ablehnung mit bewaffnetem Eingreifen drohen²⁾. Aber dazu konnten sich die katholischen Fürsten nicht entschließen. In ihrem nie ganz geschwundenen Mißtrauen gegen den Pfälzer, der auch hier wieder die Seele des fürstlichen Vorgehens war, mochten sie fürchten, im Grunde doch nur protestantischen Wünschen zu dienen.

Ganz besonders Jakob von Trier zeigte den spanischen Politikern in unzweideutiger Weise die ganze Nichtigkeit dieses deutschen Vorgehens. Gerade die ihm durch Alba zugefügte Beleidigung hatte ein wichtiges Argument gegen den Herzog gebildet. Trotzdem brachte er es fertig, während noch die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten wegen der Intervention stattfanden, in einer geheimen Botschaft an Alba seine Gegnerschaft gegen die Brüsseler Regierung und die Person des Herzogs zu leugnen. Nicht er, sondern der Kurfürst von der Pfalz sei der wahre Feind Spaniens. Zugleich machte er Vorschläge, wie diese Feindschaft unschädlich zu machen sei. Triumphierend konnte Alba seinem König mitteilen, daß gerade dieser Fürst, der als besonders beleidigt und erbittert von deutscher Seite geschildert worden war, sich nun zuerst als wohlgesinnten Diener Philipps II. bekannt hatte³⁾.

Jenes kurze Zusammengehen mit den Gegnern Spaniens bedeutete eben nur ein vorübergehendes Abweichen von dem für Jakob selbstverständlichen Weg einer reinkatholischen Politik. Sehr bald gewann er die Überzeugung, daß nur ein Bündnis mit Spanien, dem Vorkämpfer des Katholizismus in Europa, dem Nutzen seines Staates und seiner Stellung als Kurfürst entspreche, daß aber ein Zusammengehen mit dem erketzlerischen Pfälzer für ihn unmöglich sei⁴⁾. Sehr bald erwuchs aus dieser Hinneigung zu Spanien-Burgund die leitende Idee in Jakobs Politik: der Gedanke eines großen katholischen Bündnisses am Niederrhein, das von den Niederlanden, Münster und Jülich bis hinauf nach Mainz die katholischen Länder zu einem gewaltigen Block zusammenschließen sollte. Stärkung des Katholizismus und insbesondere militärische und politische Sicherung des Trierer Erzstiftes war das Ziel, das Jakob mit diesem Plan verfolgte.

2. Die katholischen Bündnisbestrebungen Jakobs III.

Gedanken dieser Art lagen, wie so oft, Ende des Jahres 1568 wieder einmal in der Luft. In der durch wilde Gerüchte immer wach gehaltenen Sorge vor einem geschlossenen Angriff der Protestanten auf die Katholiken beschäftigte sich Herzog Albrecht von Bayern im Herbst 1568 mit dem Gedanken einer Vereinigung katholischer Fürsten in Form einer Erweiterung und Umgestaltung des Landsberger Bundes⁵⁾. Es war dies eine 1556 gegründete, ursprünglich durchaus paritätische Vereinigung oberdeutscher Reichsstände zur Erhaltung des Friedens und der bestehenden Verhältnisse. Etwa gleichzeitig, aber ganz unabhängig davon erwog man in spanischen Kreisen den Plan eines Verteidigungsbündnisses mit deutschen katholischen Fürsten. Chantonay, der spanische Gesandte in Wien, gab hierzu die erste Anregung im September 1568⁶⁾. In einem Briefe an Alba vom 12. 1. 1569 greift

¹⁾ Vergl. über eine Einmischung Albas in die Hoheitsrechte des Herzogs von Cleve L. Keller, Gegenreform. i. Westf., I. S. 21. — ²⁾ M. Ritter a. a. O. S. 392.

³⁾ Doc. ined. Bd. 37, S. 433, Brief Albas an Phil. II. 12. 10. 1568, ferner S. 537 Br. Albas an Phil. II. 30. 1. 1569.

⁴⁾ Es ist wohl möglich, daß Alba durch Geschenke an die für solche Aufmerksamkeiten sehr empfänglichen Räte des Kurfürsten auf diese politische Schwenkung Jakobs fördernd eingewirkt hat; vergl. Gachard: Correspondance de Philippe II, Bd. 3, S. 87.

⁵⁾ Goetz, „Akten u. Beiträge z. Gesch. Albrechts V. u. d. Landsberger Bundes“, München 1898, S. 455; vergl. von Bezold, Br. Joh. Kasimirs I., Einl., S. 63 ff.

⁶⁾ Doc. ined. Bd. 37, S. 435.

dann Philipp II. diesen Gedanken auf. Er schreibt, ob es sich nicht lohnen würde, „über eine Art von Defensivliga mit den katholischen benachbarten Fürsten zu verhandeln oder über irgend eine andere Form von gutem Einvernehmen oder Korrespondenz. Für Spanien würde es wenigstens den Nutzen haben, daß wir nicht mehr so abgesondert wären wie jetzt, während die Ketzer so verbunden und einmütig sind, wie man jetzt sieht Gerade dadurch aber werden, wie ich glaube oder als sicher annehme, die katholischen und geistlichen Fürsten so sehr entmutigt“¹⁾.

Wie weit die Trierer Politiker von diesen Überlegungen eine Ahnung hatten, wissen wir nicht. Jakob und seine Räte scheinen jedoch die ersten gewesen zu sein, die vom leichten Spiel mit dem Gedanken zur Tat schritten. Nach vorangegangenem vorsichtigen Sondieren erschien am 20. 2. 1569 ein Vertrauensmann des Kurfürsten bei der niederländischen Regierung und unterbreitete Herzog Alba den Plan eines Defensivbündnisses zwischen der spanisch-niederländischen Regierung und den katholischen Fürsten am Rhein mit Einschluß von Münster. An irgend eine Verbindung mit Bayern oder dem Landsberger Bund war dabei nicht gedacht²⁾.

Schon Jakobs Vorgänger, Johann von der Leyen, war mit einem ähnlichen Plan auf dem Reichstag zu Augsburg 1559 an Kaiser Ferdinand herantreten³⁾. Zu einer Ausführung war es damals nicht gekommen, da der Kaiser auf einem paritätischen Bund bestand. Ebenso erging es späteren gleichartigen Versuchen Kurfürst Johanns⁴⁾. Sogar von Spanien erfuhr er eine Abweisung. Dieser Antrag Jakobs III. fand jedoch den spanischen Beifall. Denn Spanien brauchte für seinen niederländischen Krieg eine Rückendeckung im Reich. Trier schien ja auch nicht allein zu kommen, der Vertrauensmann Jakobs stellte wenigstens die Teilnahme der beiden andern Kurfürsten und des Bischofs von Münster als ziemlich sicher hin⁵⁾.

Im Laufe der Verhandlungen trat aber bald eine Verschiebung des ursprünglichen Planes dadurch ein, daß seit April 1569 auch Bayern mit Vorschlägen an die verhandelnden Parteien herantrat. Damit tauchte nun die Frage auf, inwieweit auch die süddeutschen Katholiken bei dem von Trier geplanten Bündnis zu berücksichtigen seien. Die bayrischen Politiker scheinen sich zunächst auf eine vorsichtige Anfrage beschränkt zu haben, ob an den verschiedenen Höfen Neigung zu einem engeren Zusammengehen des rheinischen und süddeutschen Katholizismus vorhanden sei. Ganz im geheimen, um nicht das Mißtrauen der Protestanten wachzurufen, kam im April der Unterhändler Herzog Albrechts, der würzburgische Kanzler Hellu, mit dem Trierer Rat Philipp v. Nassau zu Verhandlungen zusammen, nachdem er schon vorher bei Mainz angefragt hatte. Am 29. April schreibt Hellu aus Frankfurt: „. . . . ich hab algereit den bewussten puncten mit eim, so secundus in ordine ist, geret und denselbigen nit allein als pald one einiches difficultieren erhalten, sonder auch so vil fernere erclerung und bericht empfangen, das die sach meins genzlichen unzweifelichen verhoffens allenthalben ja und richtig sein wird“⁶⁾. Daß unter dem „secundus in ordine“ der Trierer Rat Philipp v. Nassau zu verstehen ist, geht aus einem Brief Hellus an Herzog Albrecht vom 26. Mai aus Frankfurt hervor, wo er von einem Besuch Nassaus bei ihm in Frankfurt berichtet mit Anspielung auf die Benennung „secundus in ordine“⁷⁾. Nassau und Hellu, der in die trierisch-spanischen Verhandlungen eingeweiht wurde, hatten sich also zu gemeinsamen Bemühungen für das katholische Bündnisprojekt vereinigt. Jakob war natürlich auch einverstanden; denn es schien sich hier um eine günstige Erweiterung seines eigenen Planes zu handeln.

Philipp von Nassau knüpfte schon gleich nach seinem Zusammensein mit Hellu Verhandlungen mit dem Kölner Kanzler Burkhard an, der auch gewonnen wurde und bei seinem

¹⁾ Doc. ined. Bd. 37, S. 530 f. — ²⁾ Doc. ined. Bd. 38, S. 9 f. — ³⁾ Moritz Ritter, I, S. 228
⁴⁾ Goetz, S. 348.

⁵⁾ Doc. ined. S. 38, S. 9 f., Herzog Alba an Phil. II.: Jakob habe nur im eigenen Namen verhandelt, habe aber gesagt, „daß er gute Gesellschaft hätte, die sich anzuschließen wünsche . . . , am 20. vr. Mts. kam einer seiner Diener hierher und verhandelte mit Scharenberger über die Liga und sagte, daß die Kurfürsten von Köln und Mainz und der Bischof von Münster darin eintreten würden.“ — ⁶⁾ Goetz a. a. O. S. 458. — ⁷⁾ eb. S. 466.

Herrn, Salentin von Isenburg, eifrig für den Plan warb¹⁾. Das Hauptgewicht ist aber auf die Verhandlungen der Trierer Räte — auch der Kanzler Wimpheling ist stark beteiligt — mit den spanisch-niederländischen Politikern, vor allem mit dem deutschen Sekretär Scharenberger, zu legen. In ihrem Verlauf wurde auch Alba von dem Nutzen einer Erweiterung des ursprünglichen Trierer Planes überzeugt. Er weist in einem Brief vom 1. 6. 1569²⁾ den König auf die Vorteile eines katholischen Bundes hin, der in Verbindung mit dem Landsberger Bund stehe. Zur Verteidigung der Niederlande im Falle eines Krieges mit Frankreich würden sich zwar die Fürsten nicht verpflichten; aber es sei auch kein Angriff eines andern Fürsten, der nicht Bundesmitglied sei, zu befürchten, da ja diejenigen, welche einträten, für die Aufrechterhaltung der katholischen Religion zu sorgen hätten. Philipp II. wurde schnell für den Plan gewonnen. Seit Juni 1569 gehen die bayrischen und die trierisch-spanischen Bündnisbestrebungen ineinander über.

Am 23. Juni trat Herzog Alba in direkte Verhandlungen mit Bayern³⁾, nachdem er bisher durch die Trierer über die bayrischen Wünsche und die Stellungnahme der katholischen Fürsten am Rhein unterrichtet worden war. Auf seinen Vorschlag eines engeren Zusammenschlusses der Niederlande mit den deutschen katholischen Ständen antwortete Albrecht erfreut, aber vorsichtig⁴⁾. Deutlicher zeigt der erste Entwurf dieser Antwort, daß die von Herzog Alba seinem König empfohlene Vereinigung der rheinischen Katholiken mit dem Landsberger Bunde auch den bayrischen Wünschen entsprach. „Do nun E. L. mit der Kun. W. benachbarten guetherzigen fridliebenden curfursten, fursten und stenden . . . anhengig weren, ein gleichformige defensioneinigung erlangen konten, alsdan mechten die sachen woldahin gericht werden, das bede einigung ein vertreuliche correspondenz miteinander hetten und eine der andern die hand bute.“

Die ganz allgemein gefaßte Idee einer katholischen Liga hatte also insofern eine neue feste Gestalt angenommen, als nun von spanisch-trierischer wie von bayrischer Seite eine mit dem Landsberger Bund korrespondierende Vereinigung ins Auge gefaßt wurde. Wann zuerst der Gedanke an ein Aufgehen des neuen Bundes in den alten durch Beitritt der rheinischen Fürsten und der Niederlande in den Landsberger Bund auftauchte, ist nicht genau festzustellen. Doch scheinen beide Möglichkeiten, Korrespondenz und Verschmelzung beider Bündnisse, schon bald nebeneinander erwogen zu sein⁵⁾.

Für Albrecht war diese Form eines loseren oder festeren Anschlusses der rheinischen Katholiken an den süddeutschen Bund die denkbar günstigste. Sie bot ihm alles Wünschenswerte: größeren militärischen Schutz für die Mitglieder des Landsberger Bundes ohne weitere Belastung durch Rüstungen, eine Stärkung des Katholizismus, da nun der Landsberger Bund mehr noch als bisher einen überwiegend katholischen Charakter erhielt, für ihn selbst aber, als Bundesobersten und Leiter dieser mächtigen Vereinigung, eine beherrschende politische Stellung im Reich, vielleicht sogar in Europa.

Die ursprünglichen Trierer Pläne erfuhren allerdings infolge des paritätischen Charakters des Bundes, der auch jetzt nicht ganz verschwand, eine gewisse Abschwächung. Gerade darin lag jedoch wieder ein Vorzug des Unternehmens, auf den Albrecht auch hinwies⁶⁾. Durch die Beteiligung protestantischer Stände wurde den übrigen Protestanten der Verdacht genommen, als wollte der Bund Anhänger der Augsburger Konfession angreifen. Durch solche Erwägungen ist wohl auch Trier für den neuen Bundesplan gewonnen worden. Jakob hat aber immer wieder versucht, dieses Bündnis, soweit es unter diesen Umständen möglich war, seinen früheren Plänen anzupassen, indem er für eine Erweiterung des Bundes durch katholische Stände eintrat. Das entsprach ja auch den bayrischen Absichten. Außerdem aber wollte Herzog Albrecht auch solche Protestanten hinzuziehen, von denen man annehmen konnte, daß sie sich ins Schlepptau der katholischen Politik nehmen ließen, oder bei denen die

¹⁾ eb. S. 475. — ²⁾ Doc. ined. Bd. 38, S. 114 f. — ³⁾ Goetz S. 476. — ⁴⁾ eb. S. 479 f. und Anmerkung.

⁵⁾ Siehe unten S. 24. Schon einen Monat nach dem Briefwechsel Albas mit Albrecht berieten die Vertreter der geistl. Kurfürsten auf dem Tage in Koblenz, welche von beiden Formen für das Bündnis zu wählen sei.

⁶⁾ Goetz, S. 500, Werbung Hellus bei Alba.

Möglichkeit vorhanden war, sie ganz zur alten Kirche herüberzuholen¹⁾. Dadurch ergaben sich naturgemäß gewisse Widersprüche zwischen Trier und Bayern, die aber zunächst nicht störend wirkten.

Neben Hellu waren die Räte Jakobs die eifrigsten Werber für den neuen Bund. Im Verein mit den Kölner Gesandten gelang es ihnen auf dem Tag zu Koblenz (25.—30. Juli 1569)²⁾, wo die drei geistlichen Kurfürsten durch ihre Räte über ihre Stellung zu dem geplanten Bündnis berieten, die bisher bedenklichen Mainzer Politiker für den Beitritt zu gewinnen. Auf dieser Zusammenkunft tauchte aber eine neue Schwierigkeit auf, die eine gemeinsame Aktion der drei Kurfürsten verhinderte. Es wurde dort die Frage erörtert, ob ein rheinischer Bund neu zu gründen sei, der mit dem Landsberger Bund in Korrespondenz stehe, oder ob die betreffenden Fürsten in den Landsberger Bund, so wie er war, eintreten sollten. Trier und Mainz vertraten den Gedanken der Einheit und befürworteten den Eintritt in die bestehende Organisation. Köln erklärte sich unter der Bedingung einverstanden, daß dann für die rheinischen Gebiete ein zweiter Bundesoberst ernannt werde, der ein Kurfürst sein müsse. Es war klar, daß Salentin von Isenburg an sich selbst dabei dachte. Seine kriegerische, herrschsüchtige Natur fand Gefallen an einem solchen Posten. Die Gesandten der andern beiden Kurfürsten sprachen sich sofort gegen diesen Bund aus. Zwei Obersten würden nur „Mißtrauen und Zerrüttung und allerlei Unrichtigkeiten“ und zugleich doppelte Kosten verursachen. Die Räte wußten genau, daß ihre Herren Salentin nie diese Stellung einräumen würden. Sie machten deshalb den Gegenvorschlag, für den rheinischen Zweig des Bundes einen Generalbundesleutnant zu bestellen, der Herzog Albrecht unterstellt sein sollte, also kein Kurfürst sein durfte. Auch Hellu war gegen einen zweiten Bundesobersten. Da man zu keinem Ergebnis kommen konnte, wurde eine zweite Zusammenkunft für den 12. 9. nach Boppard verabredet, „um das Werk endgiltig zu behandeln“.

Aber der auf dem Tag zu Koblenz nicht beseitigte Gegensatz Köln einerseits und Mainz-Trier andererseits beherrschte auch die Verhandlungen zu Boppard³⁾. Köln beharrte auf seiner Forderung des Oberstenamtes. Nur wenn er das erreichen könne, solle er abschließen, im andern Fall Verschiebung des ganzen Werkes auf einen Reichstag beantragen, so hatte Salentin seinen Gesandten befohlen. Im Lauf der Verhandlungen gelang es jedoch den übrigen Gesandten, den Kölner so weit von seiner Instruktion abzubringen, daß eine gewisse Einigung erzielt wurde. Wenigstens deuteten Hellu und Nassau die Erklärungen des Kölners in ihrem Sinn. Der Eintritt in den Landsberger Bund wurde also beschlossen, der Kölner Antrag hingegen im Abschied des Tages gar nicht einmal erwähnt.

Mit dieser Fassung des Abschiedes war Salentin durchaus nicht einverstanden. „Ideo absolute de consensu scribere non caret culpa“, schrieb der Kölner Kanzler an Hellu⁴⁾. Nach wie vor bestand der Kurfürst auf seiner Forderung. Werde sie nicht erfüllt, so müsse er auf den Beitritt verzichten. Herzog Albrecht scheint daraufhin aufs neue über diesen Punkt mit Mainz und Trier verhandelt zu haben. In verschiedenen Schreiben erklärten sich die Trierer durchaus gegen den Kölner Plan. „Köln dient uns für ein Obersten gar nit“, schreibt Wimpfeling an Hellu⁵⁾, und im gleichen Sinne äußert sich Nassau: „si nous en pensons bien, nous faisons pas grand conte de luy“⁶⁾, wenn man nur Cleve und Lüttich haben kann.

Persönliche Abneigung⁷⁾ und „nachbarliche spän“ zwischen dem Kölner und dem Trierer Kurfürsten scheinen hier mitzusprechen. Der Widerstand Triers gegen die Kölner Wünsche war so stark, daß Jakob lieber den leitenden Gedanken seiner Bündnispolitik opferte. Bisher hatte er nur dann den Bund für eine ersprießliche Einrichtung gehalten, wenn ihm die katholischen Fürsten am Rhein in corpore beiträten. Deshalb waren seine Räte zum Beistand Hellus an den benachbarten Höfen umhergereist und mit Nachdruck für

¹⁾ Hansen, Nuntiat. Berichte aus Deutschland, Reihe III, Bd. 1, Einl. S. XXV₂, Verhandlungen der Kurie mit Herzog Albrecht über die Möglichkeit eines Übertritts zur alten Kirche bei August von Sachsen, Christoph von Württemberg, einigen braunschweigischen u. pfälzischen Prinzen.

²⁾ Goetz, Nr. 401—404. — ³⁾ eb. S. 506 f. u. Anm. 2 u. S. 509

⁴⁾ Goetz, S. 528 — ⁵⁾ eb. S. 574, 25. Nov. — ⁶⁾ eb. S. 602, 11. Dez.

⁷⁾ Vielleicht von einem früheren Aufenthalt Salentins in Trier herrührend. Vgl. M. Lossen: „Der köln. Krieg“ I, Gotha 1882, S. 38.

eine Werbung bei Jülich-Cleve eingetreten. Denn ohne Jülich oder Köln als Zwischenglied standen Münster und Osnabrück in keinem Zusammenhang mit den rheinischen Staaten, eine Einheit des Bundes daher ausgeschlossen¹⁾). Um so mehr mußte es nun befremden, wenn Wimpfeling, obwohl man Jülichs gar nicht sicher war, kaltblütig erklärte, wenn es nicht anders gehe, so könne man Köln auch entbehren. Diese Inkonsequenz ist nur dann zu verstehen, wenn man die gleichzeitigen geheimen Bemühungen Triers und Albas berücksichtigt, die 1569 an Stelle des auch an der Kurie mißliebig gewordenen Salentin den jüngsten Sohn Herzog Albrechts, Ernst, zu setzen strebten. Bayern scheint von den Trierer Bedenken gegen Köln beeinflußt worden zu sein, denn es ließ die Kölner Wünsche zunächst einmal unberücksichtigt und verzichtete fürs erste auf Salentins Beitritt.

Wenig Glück hatten die Trierer Politiker mit ihren Bemühungen um die Teilnahme Burgunds am Bündnis. Ihr ganzer Bundesplan beruhte ja auf der Verbindung mit den spanischen Niederlanden, die Stütze und Mittelpunkt des katholischen Blockes am Rhein werden sollten. Mit Eifer warben daher die Räte Jakobs unter den andern am Bunde Beteiligten oder Interessierten für Alba. Der Tag zu Koblenz brachte jedoch eine erste große Enttäuschung. Jakob und die Seinen hatten gehofft, in Koblenz die Zustimmung der andern geistlichen Kurfürsten zu einer Beteiligung Albas an dem Bündnis zu erlangen. Als aber auf ihre ersten vorsichtigen Andeutungen hin sogleich von den andern abgewinkt wurde, wagten sie sich mit weiteren Versuchen gar nicht erst heraus²⁾). Als Argument gegen die Teilnahme Spaniens wurde geltend gemacht, welch ein Sturm der Entrüstung sich erheben werde, wenn die Protestanten erführen, daß auch der ihnen so verhaßte Alba an diesem Bündnis beteiligt sei. Der Religionsfriede schien dadurch gefährdet³⁾). Aber Trier gab das Spiel noch nicht auf. Am 3. August legte Philipp von Nassau Scharberger folgenden Plan vor: Trier will sich zunächst um seine eigene und seiner geistlichen Mitkurfürsten Aufnahme in den Bund bemühen, für die ein Bundestag ausgeschrieben wird. Auf diesem Tage wird Trier eine Mehrheit für die Aufnahme der Niederlande gewinnen. Erst dann soll sich Alba offiziell um die Mitgliedschaft bewerben. Ehe aber dieser Plan zur Ausführung kommen konnte, waren schon neue Schwierigkeiten aufgetaucht.

Trotz aller Heimlichkeit war von den Bündnisverhandlungen doch etwas durchgesickert und auch bis zum Kaiser gedrungen, der äußerst empört war, einmal über die Form, die Heimlichkeit und Eigenmächtigkeit des bayrischen Vorgehens⁴⁾, dann aber auch über die Sache selbst. Zwischen Maximilian II. und Albrecht von Bayern bestand ein schroffer persönlicher und prinzipieller Gegensatz. Albrecht war ein Vertreter der Gegenreformation und wollte den Kampf für die Kirche. Der Kaiser aber konnte seiner ganzen Persönlichkeit nach mit seiner Neigung zu Ruhe und Frieden, seiner religiösen Stellung, gar nicht anders als einen Frieden zwischen den beiden feindlichen Bekenntnissen erstreben. Für den Landsberger Bund war Maximilian daher durchaus ein Vertreter des reinen Paritätsgedankens und billigte eine Erweiterung des Bundes nur dann, wenn es sich um gleichmäßige Werbungen bei Protestanten und Katholiken handelte. Ein Überwiegen des katholischen Einflusses im Bunde war für ihn, der dieselben Besorgnisse eines evtl. protestantischen Gegenbundes wie Mainz hegte, gleichbedeutend mit einer mutwilligen Gefährdung des Reichsfriedens. Das alte österreichische Mißtrauen gegen Bayern, den Nebenbuhler Habsburgs im Süden des Reichs, spielte auch hier mit hinein. So begann denn der zähe Kampf Maximilians gegen Albrechts Pläne. Maximilian sprach es freilich nicht klar und deutlich aus, daß er eine Aufnahme der Niederlande und der geistlichen Kurfürsten nicht wünsche. Die schwächliche Natur des Kaisers, der gewundene Wege liebte, schreckte vor dieser direkten Willensäußerung zurück, die ihn noch dazu bei seinem gefürchteten Vetter Philipp II. mißliebig machen mußte. Er begnügte sich damit, die von Chantonay erbetene Unterstützung des spanischen Wunsches, in den Bund einzutreten, zurückzuweisen und die ganze Angelegenheit auf einen Reichstag zu verschieben⁵⁾. Diese Entscheidung mußte aber die Ver-

¹⁾ Goetz, S. 536. — ²⁾ eb. S. 493, Nassau an Scharberger, 3. 8. 1569.

³⁾ eb.: „... meinten, ir würd die hel anzunden, wan adversarii bericht, das man euch im spil het, damit das ganz werk nit zurück, haben wirs bei erster anmanung lassen bleiben.“

⁴⁾ Goetz, S. 514 und 551a. — ⁵⁾ Goetz, S. 575.

treter des spanischen Planes, statt sie von ihrem Wunsche abzubringen, nur zu eifrigeren Bemühungen anspornen.

So lagen die Verhältnisse, als Mitte Dezember in München der Bundestag abgehalten wurde¹⁾ und dort als einziges Ergebnis der vielfachen Verhandlungen die Aufnahme von Mainz und Trier erfolgte, doch nicht ohne daß von verschiedenen Mitgliedern Bedenken geäußert worden wären. Vor allem wünschte Nürnberg dringend die gleichzeitige Aufnahme von protestantischen Ständen. Bayern trat aber mit solcher Entschiedenheit für die Aufnahme ein, daß es die andern schließlich auch dafür gewann. Den kaiserlichen Widerstand hatte Jakob selbst vorher durch einen Brief an Maximilian zu beseitigen gesucht, in dem er die Gründe der Bündnisbestrebungen darlegte, vor allem die gefährliche Lage seines Landes²⁾. Der Bund sei weder dem Kaiser noch dem Reiche irgendwie „verkleinerlich oder abbrüchig“, sondern zur Handhabung von Frieden und Ruhe hochnötig. Der Kaiser gab daraufhin den österreichischen Gesandten für den Bundestag den Auftrag, falls es nicht anders ginge, für die Aufnahme von Mainz und Trier zu stimmen.

Im Mittelpunkt der weiteren Verhandlungen des Bundestages stand die Frage der Bundeserweiterung. Seit November 1569 hatte Herzog Albrecht mit einigen protestantischen Ständen Verhandlungen wegen eines evtl. Eintrittes in den Landsberger Bund angeknüpft. Die Antworten waren entweder ganz ablehnend oder sehr vorsichtig verklausuliert gewesen, wie bei Sachsen³⁾. Sollte nun auf diesem Wege weitergegangen werden? Seiner bisherigen Politik entsprechend suchte Trier weitere Bemühungen bei Protestanten auszuschalten. Lieber wollte Jakob auf jeden weiteren Ausbau des Bundes verzichten. Aber Trier stand mit seiner Ansicht ziemlich allein. Der Bundestagsabschied bestimmte die Fortsetzung der Werbungen bei protestantischen Ständen, wenn auch nicht in dem bisherigen Umfang.

Bei den Beratungen über die Bestellung eines zweiten Obersten drang Trier mit seiner Ansicht durch. Man kam überein, Salentin zu antworten, daß ein zweiter Oberst für den rheinischen Bundesbezirk erst ernannt werden könne, wenn eine größere Anzahl rheinischer Fürsten beigetreten sei. Entgegen den ursprünglichen Plänen war auf Veranlassung des Kaisers⁴⁾ gar nicht die Rede von Alba und den Niederlanden. Diese Zurückhaltung entsprach freilich nicht den Wünschen der Trierer Räte, die durchaus nicht zu vorsichtig zaudernder Rücksichtnahme geneigt waren. Sie waren eher für ein frisches, trotziges Wagen: „Wir seint doch so nas, wir werden mögen, und wan es schon nit geschehe und wir ein sak vol eid dafür schwieren, wurt man uns doch des verdachts nit erlassen“⁵⁾. Doch ließen auch sie sich zur Vorsicht bewegen; denn die bei der Aufnahme von Mainz und Trier zutage getretene Zurückhaltung der meisten Bundesmitglieder ließ doch auf keine günstige Stimmung für Alba schließen.

Verglichen mit den anfänglichen Plänen Albas, Bayerns und Triers war das bisher Erreichte lächerlich gering. Kein umfassender, festzusammenhängender Bund am Rhein oder eine Erweiterung des Landsberger Bundes auf das übrige katholische Deutschland, sondern nur der durch ihre isolierte Stellung in seiner Bedeutung ziemlich beeinträchtigte Beitritt von Mainz und Trier in den Landsberger Bund. Am spanischen Hofe machte sich nach dem bisherigen Mißerfolg eine leise Enttäuschung bemerkbar. Man hatte sich in Brüssel und Madrid das Unternehmen doch ein wenig anders gedacht, nicht mit dem paritätischen Charakter des Bundes gerechnet, der sich unter dem Einfluß des Kaisers immer mehr ausprägte. Man wollte aber darum den Plan doch nicht aufgeben.

Für die Trierer Bündnispolitik bedeutete der Bundestag einen Wendepunkt. Nicht daß eine bewußte deutliche Schwenkung erfolgt wäre, aber an Stelle der bisherigen Energie und Zielsicherheit trat ganz allmählich ein unsicheres Schwanken, das zu wachsender Teilnahmslosigkeit und endlich zur völligen Aufgabe des so lange gehegten Planes führte.

Die Zeit unmittelbar nach der Münchener Tagung zeigte die Trierer Räte noch in höchster Aktivität. Im Auftrage und mit Vollmachten Herzog Albrechts besuchten sie die

¹⁾ eb. S. 592 ff. — ²⁾ eb. S. 567 f.

³⁾ Goetz, S. 568. Kf. August war anfangs nicht abgeneigt, fürchtete dann aber, daß es von Bayern auf eine Isolierung Sachsens von seinen Konfessionsverwandten abgesehen sei.

⁴⁾ eb. S. 600 und 610. — ⁵⁾ eb. S. 539 Wimpeling an Eck Oktober 1569.

geistlichen Bundesmitglieder, um für die Aufnahme Burgunds zu werben, freilich ohne Erfolg¹⁾. Im Frühjahr 1570 machten sich aber deutlich Unstimmigkeiten wegen des Oberstenamtes für Köln bemerkbar. Durch die energischen Bemühungen Maximilians II. und August von Sachsen um Aufnahme protestantischer Fürsten in den Landsberger Bund war es unbedingt nötig geworden, zur Erhaltung des katholischen Übergewichts weitere altgläubige Mitglieder zu gewinnen. Bayern trat deshalb aufs neue in Unterhandlungen mit Salentin, dessen Bedeutung für den notwendigen Zusammenhang des rheinischen Bundesteils die bayrischen Politiker immer mehr erkannten (1570)²⁾. Bayern setzte sich damit in Widerspruch zu der Trierer Politik. Noch Mitte Februar 1570 hatte Philipp von Nassau dem Herzog von Jülich das Amt des Generalleutnants für den rheinischen Zweig des Bundes angeboten und dadurch zu verstehen gegeben, daß Trier die kölnischen Wünsche für abgetan halte³⁾. Als es dann Hellus Beredsamkeit und Geschmeidigkeit wirklich geglückt war, von Salentin das Zugeständnis zu erlangen, daß er nur im Kriege die Hauptmannschaft am Rhein begehre⁴⁾, machte Trier auch dann noch Schwierigkeiten. Die starke Abneigung gegen Salentin trübte Jakob den Blick für die politische Notwendigkeit. Eine Erweiterung des Bundes am Rhein schien dadurch unmöglich gemacht, denn auch Jülich lehnte vorläufig ab, das im Notfall an Stelle Kölns als Bindeglied zwischen den westfälischen und den rheinisch-niederländischen Mitgliedern hätte dienen können. „Wenn nur Trier sich weisen ließe“ ist daher die in Hellus Briefen immer wiederkehrende Klage. Aber trotz aller Versuche, Jakob davon zu überzeugen, daß er die allgemeine Wohlfahrt seiner persönlichen Abneigung voransetzen müsse, trotz aller Vermittlungsvorschläge Hellus wurde eine Einigung nicht erzielt.

Selbst in dem so wichtigen Punkt der Aufnahme Burgunds in den Bund gab Jakob jetzt den bayrisch-niederländischen Politikern Anlaß zur Klage über seine „Kleinmütigkeit“. Der Grund scheint mir in dem wachsenden Widerspruch zu liegen, den der Plan allgemein fand. Kurfürst Daniel Brendel von Mainz war stets ein Gegner eines Bundes mit Spanien gewesen. Er teilte den Standpunkt des Kaisers, durch Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme den Frieden zwischen den beiden Konfessionen zu erhalten, und fürchtete ein protestantisches Gegenbündnis als Antwort auf die bayrisch-spanischen Bestrebungen⁵⁾. Durch diese Bedenken, die Daniel von Mainz den Trierer Räten gegenüber geltend gemacht hatte, scheint Jakob III. auch stutzig geworden zu sein. Er war zu sehr an ein Zusammengehen von Mainz und Trier in der Reichspolitik gewöhnt, und wenn ein so erfahrener und geschickter Politiker wie Kurfürst Daniel diesem Unternehmen ablehnend gegenüberstand, so war das Grund genug für Jakob, das so heiß begehrte niederländische Bündnis auch einmal von der Kehrseite anzusehen. In Brüssel und München fiel man aus allen Wolken, als man zuerst spürte, daß Kurfürst Jakob „kleinmütig“ geworden war. Hellu schreibt am 3. 4. 1570 an Scharenberger, daß er sich „eher himelfals besorgt, als das Scharenbergers bester Freund, der Kurfürst von Trier, sich wendig machen lassen“⁶⁾. Noch war diese Kleinmütigkeit nur vorübergehend. Hellu konnte bald Besseres über Jakob berichten. Aber wenn der Kurfürst durch die Mainzer Bedenken auch nicht völlig umgestimmt werden konnte, so mußte ihn doch die allgemeine Abneigung gegen eine Beteiligung Spaniens belehren, daß sein bisheriger Plan nicht durchführbar war. Mit dieser Erkenntnis erlahmte aber das Interesse Jakobs am Landsberger Bund.

Den Ausschlag gaben die Ereignisse des Münchener Bundestages im Januar 1572. Während der Tagung, die vom 23. bis 31. I. stattfand, kam es zum Zusammenstoß der Vertreter des katholischen Bundesgedankens mit den Anhängern des strengen Paritätsprinzips, die sich unter kaiserlichem Einflusse zusammengeschlossen hatten. Als die Frage zukünftiger Verhandlungen mit katholischen Ständen zur Erörterung kam, stimmten Mainz, Nürnberg und Augsburg dagegen und verließen unter Protest den Saal, als sie überstimmt worden waren. Um ihr gänzliches Ausscheiden zu verhüten, wurde vorerst der Antrag

¹⁾ Goetz, S. 631 u. Anm. 2. — ²⁾ eb. S. 697; vergl. auch S. 708 f. — ³⁾ eb. S. 650.

⁴⁾ Goetz, S. 709. — ⁵⁾ eb. S. 631₂: „ob man schon gern wolt, dem König von Hispanien gratifizieren, so wert man die andern alle offendieren“.

⁶⁾ eb. S. 693, Nr. 554 u. Anm. 3.

fallen gelassen, bis der Kaiser sich dazu geäußert habe. Also eine empfindliche Niederlage der katholischen Mehrheit¹⁾.

Durch die Verschleppungspolitik des Kaisers kamen die Erweiterungsverhandlungen 1572 fast ganz zum Stillstand. Hemmend wirkte auch die für Spanien ungünstige Entwicklung, die der Krieg mit den niederländischen Provinzen nahm, und der Gegensatz zwischen Alba und dem spanischen Gesandten in Wien, Montagudo, der sich davon hatte überzeugen lassen, daß es viel nützlicher sei, wenn zunächst die weltlichen Kurfürsten in den Bund einträten oder aber ihre Zustimmung zum Beitritt Burgunds aussprächen, ehe die Aufnahme Albas erfolge²⁾.

Diese Entwicklung des Bundesplanes hatte die endgültige Abkehr Triers vom Landsberger Bund zur Folge. Das Ergebnis entsprach in keiner Weise dem, was Jakob und seine Räte erhofft hatten. Das war kein Bündnis zur Stärkung des Katholizismus, zum Schutze katholischer Stände gegen Angriffe der A. C.-Verwandten, sondern bestenfalls, wenn es überhaupt Bestand hatte, eine Landfriedensvereinigung, wie der alte Heidelberger Verein. Seit Frühjahr 1573 ist daher die Anteilnahme Triers am Bund rein passiver Natur. Wo wir Trier in der Folgezeit in den Akten des Bundes erwähnt finden, handelt es sich fast ausschließlich um Klagen der Bundesleitung über die versäumte Zahlung der Bundesbeiträge und Vertröstungen Jakobs auf baldige Zustellung, die freilich nie erfolgt ist. Daß man auf spanischer Seite durch diese wachsende Lauheit Jakobs stutzig wurde, war nur natürlich. Allerlei Erklärungen wurden dafür gegeben. So berichtet Montagudo am 8. März 1574 aus Wien, daß Kurfürst Friedrich von der Pfalz für Frankreich gewonnen sei und Trier herübergezogen habe, wahrscheinlich auch Brandenburg und Köln³⁾. Aber so weit, wie Montagudo meinte, waren die Beziehungen zu dem französischen Hofe nicht gediehen⁴⁾. Auch Friedrich von der Pfalz war sicher nicht der Vermittler. Das beweist schon das gänzliche Fehlen jeder Teilnahme Jakobs an den Bündnisverhandlungen der französischen Regierung mit den deutschen Protestanten, die die pfälzisch-französischen Beziehungen jener Jahre beherrschten. Unerklärlich wäre auch in diesem Fall der angstvolle Brief Jakobs vom 10. Februar 1574 an Herzog Albrecht, in dem der Kurfürst über gefährliche Rüstungen Johann Kasimirs und drohende Reden Friedrichs III. gegen Papst und „Pfaffheit“ berichtete⁵⁾. In Frankreich selbst sah man in Jakob von Eltz durchaus den eifrigsten Parteigänger Spaniens, wie aus einem Briefe Schombergs, des französischen Unterhändlers bei den deutschen Protestanten, an die Königin Katharina zu erkennen ist⁶⁾. Schomberg warnt darin die Königin vor dem Trierer Kurfürsten, der sich mit Leib und Seele dem König von Spanien verschrieben habe.

Wenn Jakob auch die Bemühungen um die Aufnahme in den Landsberger Bund als aussichtslos aufgegeben hatte, so blieb er doch nach wie vor ein Vertreter spanischer Interessen. Im Sommer 1572 warb er Truppen für Alba an⁷⁾, ohne außer dem Lob des Papstes etwas anderes als Unannehmlichkeiten dafür zu erfahren. Denn nur mit Mühe konnte er das für die Werbungen verwandte Geld wieder erlangen⁸⁾, und Oranien bedrohte auf seinem Zug über die Maas das Trierer Land wegen dieser Unterstützung seines Gegners⁹⁾.

Der chronologischen Entwicklung vorgreifend sei hier schon berichtet, daß Jakob noch bis 1579 offiziell dem Landsberger Bund angehörte. Erst dann erfolgte der Austritt. Freilich kein einzelner Fall. Der Bund erwies sich immer mehr als ein kraft- und wesenloses Gebilde, dessen Auflösung unabwendbar war. Neue Mitglieder konnten nicht gewonnen werden, und von den alten drängten manche hinaus. Es erwies sich nun, daß der bei seiner Gründung maßgebende Gedanke ein irriger gewesen war. Ein Bund selbst

¹⁾ Goetz, S. 790 ff. — ²⁾ eb. S. 786, Anm. 3 u. S. 796, Anm. 1.

³⁾ Platzhoff, „Frankreich und die deutschen Protestanten in den Jahren 1570—73“, München und Berlin 1912, S. 150, Anm. 3.

⁴⁾ Vergl. oben Jakobs Antwort auf die Behauptung, er habe sich „an Frankreich und Burgund gehenkt“. — ⁵⁾ Platzhoff, a. a. O.

⁶⁾ Noailles, „Henri de Valois et la Pologne en 1572“, Paris 1867, III, S. 503.

⁷⁾ Pouillet et Piot, *Corresp. du Cardinal de Granvelle*, IV, S. 291. — ⁸⁾ eb. S. 545, —

⁹⁾ eb. S. 343, Morillon an Granvella am 9. 8. 1572: „Ledit prince les menasse . . . s'ilz ne se déclarent d'une coustel ou d'aultre.“

der gemäßigten Protestanten mit den deutschen Katholiken und nun gar mit Spanien war eben eine absolute Unmöglichkeit. Die Idee des konfessionellen Bündnisses war es, der die Zukunft gehörte.

Durch ihre einseitig katholische Orientierung waren die Trierer auf diesen einzig möglichen Weg gewiesen worden. Bayern hatte sie freilich allmählich davon abgedrängt. Aber auch nachdem der geplante rheinische Bund im Landsberger Bund aufgegangen war, vertrat Trier aufs nachdrücklichste die katholische Tendenz des Bündnisses, von vornherein stark gehemmt durch Widerstände außerhalb und innerhalb des Bundes. Jakob selbst schädigte die Sache durch gelegentliche Unsicherheit in seiner Haltung, vor allem aber durch seine Unnachgiebigkeit in der Frage des zweiten Bundesobersten, durch die ein vollständiger Zusammenschluß der rheinischen Fürsten mit dem Landsberger Bund immer wieder verzögert wurde, bis jene Widerstände übermächtig geworden waren. Jakob ist somit an dem Mißlingen seines Planes nicht ohne Schuld.

3. Jakob III. im Kampfe gegen die Freistellung.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre sah sich die Trierer Politik vor die neue festumrissene Aufgabe gestellt, Stellung zu der sog. Freistellungsbewegung der Protestanten zu nehmen, die bei allen politischen Ereignissen jener Jahre in irgend einer Form mitspielt, bald offenkundig, bald latent. Bei der Wahl Rudolfs II. 1575 und auf dem Regensburger Reichstag von 1576 steht die prinzipielle Entscheidung über diese Frage im Vordergrund. Bei dem Kampf um die Nachfolge in Köln handelt es sich um einen Versuch der Protestanten, in einem praktischen Fall die Entscheidung hierüber in ihrem Sinne zu erzwingen.

Unter ‚Freistellung‘¹⁾ verstand man in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts jede Erklärung und Erweiterung des Augsburger Religionsfriedens zugunsten einer Ausbreitung des Protestantismus. Im besonderen aber richtete sich die Freistellungsbewegung gegen die unter der Bezeichnung des geistlichen Vorbehaltes bekannte Bestimmung des Religionsfriedens. Sie verbot den Übertritt von Geistlichen zur neuen Lehre und verlangte von den übertretenden Geistlichen Verzicht auf ihre Pfründen. Von Anfang an hatte man auf protestantischer Seite diesen Punkt des Religionsfriedens nicht anerkannt und auf verschiedenen Reichstagen seine Aufhebung verlangt. In engem Zusammenhang mit diesen Bestrebungen steht die protestantische Forderung auf Anerkennung der *Declaratio Ferdinanda*, sodaß sie in den Begriff Freistellungsbewegung mit einbezogen werden kann. Diese Ferdinandeische Erklärung, ein Anhängsel des Religionsfriedens, dessen Gültigkeit von den Katholiken bestritten wurde, sicherte den Untertanen geistlicher Fürsten Freiheit des Bekenntnisses, sofern sie schon vorher protestantisch gewesen waren.

Nachdem einige Jahre der Streit geruht hatte infolge des geringen Widerstandes, den der Protestantismus bei der Eroberung norddeutscher Stifter gefunden hatte, brach 1575 der Kampf wieder aus. Er war eine Folge der immer stärker hervortretenden Restaurationsbestrebungen der Kurie, die ihr Hauptaugenmerk auf die geistlichen Fürstentümer als die eigentlichen Kampfobjekte richtete. Der rasche Siegeslauf des Protestantismus durch die norddeutschen Stifter kam zum Stillstand. Mit neuer Kraft erwachte dadurch bei den protestantischen Fürsten und den ebenfalls daran interessierten Grafen und Herren, vornehmlich den Wetterauer Grafen, der Wunsch nach Aufhebung des geistlichen Vorbehalts als der gesetzlichen Stütze dieser katholischen Restauration. Den Fürsten schwebte dabei als letztes Ziel irgend eine Form der Säkularisation und Überführung der Stifter in ihre Territorien vor. Die Grafen hingegen hatten ein Interesse daran, die geistlichen Fürstentümer etwa als Wahlfürstentümer zu erhalten, in denen wie bisher ihre jüngeren Söhne eine standesgemäße Versorgung finden konnten. Das religiöse Moment trat stark hinter den praktischen Erwägungen zurück. Allerdings nicht bei allen, z. B. bei Friedrich von der Pfalz und den Führern der Bewegung unter den Grafen, Johann von Nassau und Ludwig von Wittgenstein, war es nicht der Fall.

¹⁾ Definition bei Moritz: „Wahl Rudolfs II. . . .“ S. 2.

Der Wahltag zu Regensburg 1575¹⁾.

Der anlässlich der Wahl Rudolf II. zu Regensburg zusammengetretene Kurfürstentag (Oktober 1575) bot den Protestanten eine günstige Gelegenheit, mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten, indem sie ihre Zustimmung zur Nachfolge Rudolfs von einer Revision des Religionsfriedens abhängig machten. Aber durch die Uneinigkeit der Protestanten einerseits und durch den geschlossenen Widerstand der geistlichen Kurfürsten und Kaiser Maximilians andererseits wurde die Wahl Rudolfs auf das bloße kaiserliche Versprechen hin durchgesetzt, daß auf dem nächsten Reichstag die protestantischen Forderungen weiter besprochen werden sollten.

Kurfürst Jakobs Verhalten auf dem Wahltag, zu dem er trotz großer körperlicher Schwäche persönlich erschienen war, entsprach durchaus seiner bisherigen katholischen Politik. Zwar hatten die Anhänger der habsburgischen Thronkandidatur, Daniel von Mainz und August von Sachsen, während der dem Wahltag vorausgegangenen Vorverhandlungen Besorgnisse wegen Jakobs Stellungnahme gehegt, denn wie oben bereits erwähnt, stand Jakob gerade in jener Zeit 1574 im Verdacht französischer Gesinnung. Das konnte aber in diesem Fall Gegnerschaft gegen die habsburgische Thronfolge bedeuten, da die französische Regierung 1573 für den Bruder König Karls, Heinrich von Valois, die Kaiserkrone erstrebt und deswegen mit protestantischen Reichsständen in Unterhandlung gestanden hatte. Damit nun nicht aufs neue französische „Gegenpraktiken“ erfolgten, trat Daniel von Mainz wegen der Wahl erst an Trier heran, als man der andern Kurfürsten außer Pfalz so gut wie sicher war. Doch die Sorge, daß Jakob von Eltz „zue Oesterreich bösse zunaigung habe“²⁾, war grundlos. Der Kurfürst war mit der Nachfolge Rudolfs durchaus einverstanden, wie er sich schon im Jahre 1570 auf dem Reichstag zu Speyer seines „gegen den Kaiser tragenden Gemuets erclert habe“³⁾. Er warnte aber vor dem Kurfürsten von der Pfalz, der „des interregni begierig“ sei.

Auf dem Wahltag selbst vertrat Jakob gegenüber den protestantischen Freistellungsforderungen aufs nachdrücklichste den katholischen Standpunkt in engem Zusammenschluß mit den übrigen katholischen Kurfürsten. Jakob sah durch diese Forderung sein eigentliches Lebenswerk gefährdet, denn alle seine gegenreformatorischen Bestrebungen in Trier waren in Frage gestellt, sobald durch Anerkennung der Ferdinandeischen Deklaration den protestantischen Untertanen geistlicher Fürsten freie Religionsübung zugestanden wurde. So war er denn einer der eifrigsten, die Echtheit der so lange verschollenen Deklarationsurkunde zu bezweifeln und jede Änderung des Religionsfriedens überhaupt abzulehnen, da er eine „gemaine sach“ sei, über die nur ein zukünftiger Reichstag beraten könne⁴⁾.

Der Reichstag zu Regensburg 1576.

Jakob von Eltz war fest entschlossen, auch bei fernerm Sturmlaufen der Protestanten gegen den Religionsfrieden seine auf dem Wahltag eingenommene Stellung zu wahren. In einem Schreiben vom 11. 3. 1576 forderte ihn Herzog Albrecht auf, zur Beratung wegen eines gemeinsamen Vorgehens in der Freistellungsfrage auf dem kommenden Reichstag Gesandte mit entsprechenden Vollmachten auf den Bundestag nach München zu entsenden. Jakob antwortete durchaus im Sinne seiner Erklärung auf dem Wahltag, es sei ganz unangebracht, auf dem Reichstag darüber zu verhandeln. Alle Katholiken sollten sich lieber auf den Buchstaben des Religionsfriedens stellen, an dem festzuhalten ihre Pflicht sei⁵⁾. In diesem Sinne wurde auch auf dem Bundestag (10.—13. April 1576) beschlossen, auf dem Reichstag über die Religionsfrage nicht zu disputieren und schon vorher gemeinsam bei Kaiser Maximilian darauf hinzuwirken, daß sie gar nicht auf die Tagesordnung komme⁶⁾.

Wirklich wurde die Religionsfrage weder in dem kaiserlichen Ausschreiben zum Reichstag noch in der Proposition erwähnt. Die kaiserliche Politik ging auf diesem Reichstag

¹⁾ vgl. H. Moritz: „Die Wahl Rudolfs II. . . .“ I. M. Schneidt: „Vollständige Geschichte der röm. Königswahl Rudolfs II. . . .“ Moritz Ritter I. S.; 463 ff.

²⁾ Schneidt, S. 173. — ³⁾ eb. S. 196.

⁴⁾ Schneidt, S. 501, 506 u. 510. — ⁵⁾ Goetz, S. 841. — ⁶⁾ eb. S. 840.

von 1576 darauf aus, eine möglichst umfangreiche Türkenhilfe von den Reichsständen zu verlangen. Den Protestanten war dadurch ein wirksames Mittel in die Hand gegeben, ihren Willen durchzusetzen. Denn sie waren nach den kaiserlichen Versprechungen auf dem Wahltag nicht gewillt, ihre Forderungen ohne weiteres unter den Tisch fallen zu lassen. Zum wenigsten die Bestätigung der Ferdinandeischen Deklaration verlangten sie als Entgelt für die Bewilligung der Türkensteuer¹⁾. In schroffem Gegensatz dazu lautete die katholische Erklärung: keine Türkenhilfe, wenn der Religionsfriede angetastet wird.

Es zeigte sich bald, daß die größere Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Partei den Sieg bedeutete. Der größte Zusammenhang aber war wiederum bei den Katholiken. Sie errangen einen vollen Erfolg, indem schließlich die Türkenhilfe in einer Höhe von 66 Römermonaten beharrliche Hilfe und noch 10 Monaten eilende Hilfe für den Kriegsfall bewilligt wurde ohne irgendwelche Zugeständnisse in der kirchlichen Frage²⁾.

Schon auf der Reise nach Regensburg hatten sich die Trierer Gesandten Dr. Joh. Wimpeling, Dr. Philipp Studeus, der Dompropst Joh. von Schönenberg und Johann Zant von Merl mit dem Kurfürsten von Mainz über ein festes Zusammenhalten gegen den zu erwartenden protestantischen Ansturm verständigt. Auch der Bischof von Speyer hatte seine Mithilfe zugesagt³⁾. In dem Nuntius Morone gewannen dann in Regensburg die katholischen Politiker einen festen Mittelpunkt, der es ausgezeichnet verstand, die Kräfte der Partei zusammenzufassen. In einem Schreiben nach Rom rühmte Morone als besonders eifrige Förderer der katholischen Ziele die Kanzler von Trier und Mainz, Wimpeling und Faber, deren Unterstützung sich Morone durch freundliche Worte und höflich erwiesene Gunstbezeugungen zu erhalten strebte⁴⁾. Im übrigen traten die Trierer jedoch in keiner Weise auf dem Reichstag hervor. Ihre Politik bewegte sich durchaus in den Bahnen der Gesamtheit der katholischen Fürsten.

Den Abschluß des Reichstages bildete ein wichtiges Ereignis, der Tod des Kaisers, der besonders folgenschwer werden konnte durch den starken konfessionellen Gegensatz zwischen Maximilian II. und seinem Nachfolger, Rudolf II., der am spanischen Hofe streng katholisch erzogen war. Die Katholiken, schon durch die letzten Erfolge auf dem Wahltag und nun auf dem Reichstag ermutigt, sahen sich nun als Herren der Situation, als Rudolf den Thron bestieg. Auch Jakob von Eltz machte sich Hoffnungen, dem jungen Kaiser ein väterlicher Berater werden zu können. Wie Herzog Albrecht so ließ auch ihn der Papst im Februar 1577 ersuchen, Rudolf mit seinem Rat zu unterstützen. Jakob antwortete dem Überbringer dieses päpstlichen Wunsches, Portia, „daß er, wie er dem alten Brauche gemäß der erste sei, der der Majestät den Treueid leiste, auch der erste sein werde, ihr mit Rat und Tat und allem, was er nur könne, beizustehen, . . . indem er sich bemühe, daß Liebe, Bereitwilligkeit und guter Wille das ersetze, worin er an Macht hinter andern zurückstehe.“ Die an dem jungen Fürsten wahrgenommene Frömmigkeit habe ihn sehr erfreut, und er erhoffe von ihr das Beste für die Zukunft. Vor allem für eine enge Verbindung zwischen Papst und Kaiser als den obersten Herrschern der Christenheit⁵⁾.

Wie weit sich die Erwartungen Jakobs auf eine Beeinflussung Rudolfs erfüllt haben, ist im einzelnen nicht bekannt. Doch machte sich seit dem Regierungsantritt Rudolfs eine stärkere Verwendung des Kurfürsten im kaiserlichen Dienst bemerkbar, z. B. als Kommissar in den Kölner Verwicklungen und bei der niederländischen Friedensvermittlung. Das läßt auf freundlichere Beziehungen und weitergehende Übereinstimmung der politischen und kirchlichen Ziele schließen, als es zwischen Maximilian II. und Jakob von Eltz der Fall gewesen war.

Der Streit um Köln.

In engem Zusammenhang mit den Verhandlungen über Abänderung des Religionsfriedens, wie sie auf dem Wahltag von 1575 und dem Reichstag von 1576 stattgefunden hatten,

¹⁾ Moritz, S. 222 ff., M. Ritter, I, S. 501 ff.

²⁾ Nicht besser erging es den protestantischen Grafen aus der Wetterau, Franken, Schwaben und Bayern, die in verschiedenen Suppliken ihre Wünsche dargelegt hatten.

³⁾ Nunt. Berichte III₂ S. 71 Anm. 3. — ⁴⁾ eb. S. 89 ff.

⁵⁾ Nunt. Berichte III₁ S. 30 f. und 48.

stehen die gleichzeitigen Bemühungen der Wetterauer Grafen um die Besetzung des Erzbistums Köln. Gelang es hier in einem praktischen Fall die verlangte Freistellung durchzusetzen, so war damit ein Präzedenzfall geschaffen, der um so mehr zur Verallgemeinerung Anlaß geben mußte, als es sich hier um eines der ersten geistlichen Fürstentümer des Reiches handelte.

Jakob von Eltz sah sich hierdurch vor schwere Aufgaben gestellt. War schon das Mißlingen eines festeren Zusammenschlusses der katholischen Ländermasse am Rhein zu einem festen Block sehr zu beklagen gewesen, so erschien dieser Mißerfolg doch gering im Vergleich zu der drohenden Gefahr, die in der Kölner Streitfrage für den Katholizismus jener Gebiete und Deutschlands überhaupt heraufzog. Es drohte im Kampf um Köln die vorhandene Geschlossenheit des katholischen Besitzes am Niederrhein auf das Empfindlichste durchbrochen zu werden. Eine Stellungnahme Jakobs war selbstverständlich, handelte es sich doch um eine Lebensfrage seiner Politik.

Schon bei dem kleinen Vorspiel von 1569 war Trier beteiligt. Nach der Abdankung Kurfürst Friedrichs von Wied, der sich infolge unüberbrückbarer Gegensätze zu seinem Domkapitel und durch seine hartnäckige Weigerung, die vom Papste verlangte Professio fidei abzulegen, unmöglich gemacht hatte, bestieg Salentin von Isenburg den Kölner Stuhl. Er hatte die Wahl gleich in dem Gedanken angenommen, die neue Würde nur kurze Zeit innezuhaben, um sich einmal in der großen Politik zu betätigen, einflußreiche Verbindungen anzuknüpfen, evtl. auch ein Vermögen zu erwerben, dann aber abzudanken und sich zu vermählen, um sein Geschlecht nicht aussterben zu lassen. Schon früh beschäftigte daher die Frage der Nachfolge die Gemüter, zuerst 1569, als man in Rom eine Absetzung Salentins ins Auge faßte, da auch er sich standhaft weigerte, Priester zu werden und die Professio fidei abzulegen. Schon damals tauchte in den Bayern befreundeten Kreisen, zuerst bei Kardinal Otto Truchseß von Augsburg, der Gedanke auf, Herzog Ernst von Bayern, Albrechts jüngsten Sohn, zum Kölner Kurfürsten zu machen¹⁾. An der Kurie war man, wohl unter kaiserlichem Einfluß, diesem Plan durchaus abgeneigt. Einen Umschwung in der römischen Anschauung brachte erst im Mai 1570 ein Schreiben Albas, in dem dieser warm für Herzog Ernst eintrat²⁾. Alba seinerseits scheint mir erst durch Trier auf die Person Ernsts aufmerksam gemacht worden zu sein.

Auf irgend eine Weise hatten die Trierer von den Bemühungen des Kardinals Otto Truchseß in Rom zugunsten Herzog Ernsts erfahren und hielten es nun für ihre Aufgabe, in dieser wichtigen Sache auch das Interesse der spanisch-niederländischen Regierung wachzurufen. Am 3. August 1569 teilte Philipp von Nassau dem Sekretär Scharberger die päpstlichen Absetzungspläne als Neuigkeit mit. Schon drohe das Kölner Kapitel in diesem Falle einen mächtigen lutherischen Fürsten zu wählen, und da Kurfürst Salentin außerdem noch der letzte seines Hauses sei, so sei man auch nicht gewiß, was er tun werde. Nassau hält es deshalb für gut, beim Papst darum anzuhalten, daß er den Kurfürsten zur friedlichen Cession bewege. Er selbst und Wimpheling wollen sich zugunsten Herzog Ernsts bemühen, falls Bayern überhaupt Lust dazu habe. Scharberger möge über die Sache nachdenken³⁾. Da Köln als direkter Nachbar durch seine freundliche oder feindliche Haltung ein wichtiger Faktor im niederländischen Krieg sein konnte, mußte Spanien lebhaft wünschen, daß Salentins Nachfolger eine Persönlichkeit war, auf die sich der König verlassen konnte. Diesen bayrischen Plan griff Alba daher begeistert auf⁴⁾. Auch König Philipp II. war einverstanden. Er hoffte, sich Bayern auf diese Weise zu verpflichten.

Bei Trier sprach außer der erwähnten Abneigung gegen Salentin sehr stark die Furcht mit, in Köln einen protestantischen Nachbarn zu bekommen, an dem die protestantischen Elemente in den katholischen Territorien am Rhein einen Rückhalt fänden. „Si nous n'en voulons pas, il se representera ung antre, qui acceptera la dame de nopce, et certum est, habebis lutheranum et sic fiet posteriora peiora prioribus“, schrieb Philipp von Nassau am 11. 12. 1569 an Scharberger⁵⁾. Die Drohung des Kölner Kapitels, evtl. einen lutherischen

¹⁾ Max Lossen: „Der kölnische Krieg“ S. 96 f.

²⁾ eb. S. 98 f. — ³⁾ Goetz, Nr. 404, S. 493 f. — ⁴⁾ Doc. inedit. 38. Band, S. 9 f.

⁵⁾ Goetz, S. 603.

Fürsten zu wählen, fand also in Trier Glauben und erschreckte nicht wenig. In dieser schwierigen Situation konnte die von der Kurie beabsichtigte Absetzung Salentins bei dem starrköpfigen, jähzornigen Charakter des Kurfürsten unabsehbare Folgen haben. Die bayrische Partei entschied sich daher für den Versuch, auf friedlichem Wege Salentin für eine Abdankung zugunsten Herzog Ernsts zu gewinnen, vor allem aber die Sache nicht zu überstürzen.

Erst 1576 wurde die Frage der Kölner Nachfolge aufs neue brennend. In der Zwischenzeit hatte die Kurie den Gedanken einer Absetzung Salentins aufgegeben, in der richtigen Erkenntnis, daß sein Bleiben, verglichen mit einer Neuwahl, das kleinere Übel sei. Sie hatte sich darauf beschränkt, vorerst die bayrischen Wünsche einer Koadjutorie Ernsts zu fördern¹⁾. 1576 wurde nun das Interesse weiter Kreise wieder auf die Kölner Angelegenheit gelenkt, als Salentin mehrfach erklärte, daß er abdanken wolle. Jetzt lagen die Verhältnisse insofern verwickelter als 1569, als sich inzwischen seit 1573 eine protestantische Gegenpartei gebildet hatte. Sie wurde von Johann von Nassau, Wilhelm von Oraniens Bruder, geführt und umfaßte im wesentlichen die Wetterauer Grafen, die fürchten mußten, daß ihnen als Protestanten bei einer bayrischen, also streng katholischen Herrschaft das Erzstift verschlossen werde²⁾. Ihre Bemühungen, nur ein einzelnes Gefecht im großen Kampf um die Freistellung der geistlichen Stifter, liefen darauf hinaus, daß Salentin auch nach seiner Verheiratung Kurfürst bleiben und das Stift den Protestanten freigegeben sollte. Wenn er aber nicht protestantisch werden wollte, wie zu erwarten war, so wollten sie die Wahl eines von den Grafen abhängigen oder ihnen günstigen, am liebsten protestantischen Fürsten oder Grafen zu erreichen suchen. Die protestantischen Interessen verbanden sich mit denen des Domkapitels, das in seinem größeren Teil wegen protestantischer Neigungen oder ungeistlichen Lebens die bayrische Herrschaft zu fürchten hatte. Aus diesem Grunde, aber auch aus Feindschaft gegen den äußerst verhaßten Salentin waren die Kapitularen einer Koadjutorie durchaus abgeneigt, und bestanden auf ihrem Recht der freien Wahl. Salentin seinerseits dachte nicht daran, die Wahl freizugeben. Sein Plan war: Köln für Ernst. Dagegen ertönte bald lauter, bald leiser im Kreise der Kapitularen und der protestantischen Adelsgeschlechter der Name des Kanonikers Gebhard Truchseß als des aussichtsreichsten Kandidaten für den Kölner Stuhl. Diese Verquickung des protestantisch-katholischen Kampfes um das Stift mit dem Streit des Kurfürsten und seines Kapitels machte die Sache so verwickelt und erhöhte die Gefahr, daß Köln dem Katholizismus verloren ging.

Bei diesen Streitigkeiten, bei denen die Leidenschaften, vor allem Salentins zügelloser Jähzorn und Starrsinn politische Überlegung oft ausschalteten, war Jakob von Eltz als Vermittler und Berater sehr begehrt. Offiziell mischte sich Trier in diese Wirren erst Ende 1576 ein, indem der Kurfürst ebenso wie der Mainzer in kaiserlichem Auftrag in Köln seine Vermittlung anbot. Doch hat sicher der rührige Wimpheling seine Hände schon früher mit Vergnügen bei diesem Wirrsal von Streit und Intrige mit im Spiel gehabt.

Im Vertrauen auf dieses Anerbieten wandte sich das Kapitel Ende Januar 1577 mit der Bitte um Beistand an Kurfürst Jakob, da es fest entschlossen sei, an seinem Recht der freien Wahl festzuhalten. Zu gleicher Zeit gingen ähnliche Schreiben an Daniel von Mainz und die Domkapitel von Trier und Mainz. Schon diese Bitte mußte die Trierer Politiker in Verlegenheit setzen, da an dem Recht des Kapitels schwerlich zu zweifeln war, Trier aber Herzog Ernst gern um jeden Preis auf den Kölner Stuhl gebracht hätte. Aber noch schwieriger wurde die Lage, als nun auch der Kaiser sich auf eine Beschwerde des Kapitels hin an Trier, Mainz und Bayern mit der Bitte um ihr Gutachten wandte, wie „Unrat und Weiterung“ in Köln zu verhüten sei. Dabei war es nachgerade ein öffentliches Geheimnis, daß Rudolf II. einen seiner Brüder gerne als Kurfürsten in Köln gesehen hätte³⁾. Wieder nur wenig später langte der Nuntius Portia bei Jakob in Koblenz an. Als Vertreter des Papstes in der Kölner Sache trat er mit Hartnäckigkeit dafür ein, daß Salentin Ernst als Koadjutor annehme. Jakob sollte diesen Wunsch der Kurie unterstützen⁴⁾. Von allen ward

¹⁾ Nunt. Berichte III, Einl. S. XLII.

²⁾ Lossen, Köln. Krieg 1, S. 211 ff.

³⁾ Nunt. Berichte III, Einl. S. XLIV u. S. 123a.

⁴⁾ Nunt. Berichte III, S. 48 ff.

also um die Trierer Hilfe geworben. Aber die Klugheit, um nicht zu sagen Gerissenheit eines Wimpeling — er war für Köln der eigentliche Vertreter Triers — fand aus diesem Dilemma einen glücklichen Ausweg. Er erkannte, daß wenig Aussicht vorhanden war, die Koadjutorie Ernsts durchzusetzen, seit Salentin durch sein brüskes Auftreten gleich von vornherein das Kapitel gegen seine Pläne eingenommen hatte. Doch war er nicht gewillt, Ernst überhaupt aufzugeben, sondern versuchte nun auf einem Umwege zum Ziele zu kommen. Im Verein mit dem bayrischen Gesandten in Köln wandte er nun alle Kraft daran, Ernst zum Kölner Prälaten zu befördern, denn nur dann war er nach den Statuten wählbar¹⁾. Zugleich wurde unter den Kapitularen Stimmen für seine Wahl geworben. Auf diese Weise konnte Wimpeling das Recht des Kapitels unangetastet lassen, ohne seinen bayrischen Freund und Gönner zu schädigen²⁾. Die übrigen Freunde Bayerns und Herzog Albrecht selbst waren bald von dem Nutzen dieser neuen Politik überzeugt.

Die Partei des Gebhard Truchsess setzte gerade darauf ihre Hoffnungen, daß Ernst keinen Kapitelplatz finden werde. Aber im Verein mit andern Vertretern der bayrischen Sache ließ Wimpeling kein Mittel unversucht, zunächst den jungen Grafen Hans-Philipp von Manderscheid zum Verzicht auf seinen Kapitelsitz zu bewegen und dann die fünf Vordermänner Herzog Ernsts im Anspruch auf diesen Platz auszuschalten. Im Februar unternahm es einer der Gegner Salentins und der bayrischen Nachfolge, Johann von Manderscheid, Bischof von Straßburg und Kölner Domscholaster, den Trierer Kurfürsten und Wimpeling, den man wegen seines Eifers besonders fürchten mochte, unter Hinweis auf alle diese Schwierigkeiten zu entmutigen und von ihrem Bemühen für Bayern abzubringen³⁾. Aber die Trierer ließen sich nicht abschrecken. Durch rege Korrespondenzen mit Bayern und Jülich glaubte Wimpeling besser über Ernsts Aussichten unterrichtet zu sein. Von den fünf Vordermännern im Anrecht auf den freien Kapitelsitz kam nur noch Graf Christoph von Stolberg in Betracht, der sich sträubte, zugunsten Ernsts auf sein Recht zu verzichten. Als Protestant und Oheim der Grafen von Nassau-Dillenburg, der Führer der Grafenpartei, hatte er gar kein Interesse an einem Hochkommen Bayerns in Köln. Der ganze Plan wäre hieran gescheitert, wenn es nicht Wimpeling gelungen wäre, durch persönliche Überredung und lockende Versprechungen den Grafen dennoch zum Verzicht zu bewegen⁴⁾. Es konnte also Ernsts Aufnahme unter die Edelkanoniker des Domstiftes erfolgen, damit war das formale Hindernis für seine Wahl zum Erzbischof beseitigt.

Nun glaubte Trier es wagen zu dürfen, dem Domkapitel die Wahl freizugeben, und suchte in diesem Sinne auf dem Kollegialtag der Kurfürsten zu Bingen (26.—28. Juli 1577)⁵⁾ auf Salentin einzuwirken, und zwar diesmal Jakob selbst. Er trat freilich bei diesen Verhandlungen bald hinter Daniel von Mainz zurück, der sich auch hier als der politisch Bedeutendere zeigte. Das Ergebnis der Einwirkung der beiden Kurfürsten auf ihren Kollegen war nur gering. Salentin willigte zwar in die freie Wahl, wollte aber von einem Nachgeben in den andern Streitigkeiten und einem Frieden mit seinem Kapitel nichts wissen. Gerade das hatte man aber gewünscht, um das Kapitel günstig zu stimmen. Mainz und Trier teilten diese Absicht des Kurfürsten schriftlich dem Kapitel mit und garantierten in ihrem eigenen und im Namen des Kaisers die freie Wahl.

Noch einmal schien die Hilfe der beiden geistlichen Kurfürsten unentbehrlich, als in Bayern unmittelbar vor der Entscheidung die Sorge um das Wahlergebnis stetig wuchs, je mehr man die Intrigen der Gegner und die guten Aussichten Gebhardts erkannte. Der bayrische Rat, Dr. Elsenheimer, verstand es auch wirklich in Wien durchzusetzen, daß der Kaiser Mainz und Trier eine neue Kommission zu Gunsten Herzog Ernsts übertrug⁶⁾. Infolgedessen nahmen am 13. September Gesandte von Mainz und Trier an Salentins feierlicher Abdankung teil. Schon wenige Tage später erhielten sie im Kapitel eine Audienz,

¹⁾ Lossen, S. 482, Nunt. Berichte III, S. 61 ff. u. S. 65. Ernst war schon Kanoniker in Köln.

²⁾ vgl. auch Goetz, S. 468 ff.

³⁾ Nunt. Berichte III, S. 61.

⁴⁾ Lossen, S. 485.

⁵⁾ Nunt. Berichte III, S. 144 ff. Lossen, S. 528 ff.

⁶⁾ vgl. Lossen, S. 533.

wo sie zur schleunigen Neuwahl rieten und Herzog Ernst als einen gut katholischen und mächtigen Fürsten warm empfahlen. Höflich, aber ganz unverbindlich war die Antwort. Ein zweiter Versuch im November hatte ebensowenig Erfolg. So blieben nur noch die Verhandlungen mit den einzelnen Kapitularern. Um auch hier nichts unversucht zu lassen, schickte noch kurz vor der Wahl Jakob von Eltz seinen Domprobst Schönenberg nach Köln, damit er durch seinen bekannten Einfluß auf den Grafen von Manderscheid-Keil auch diese zweifelhafte Stimme für Ernst gewinne. Da es jedoch der Partei Gebhards gelang, noch am Abend vor der Wahl die eigentlich ausschlaggebende Stimme des schwachen und wankelmütigen Grafen Reinhard von Solms zu gewinnen, so wurde am 5. 12. 1477 Gebhard Truchsess zum Erzbischof gewählt. Der so lange gepflegte Plan der bayrischen Partei war also gescheitert. Den Kölner Stuhl hatte zwar ein katholischer Erzbischof inne, aber er verdankte sein Emporkommen zum großen Teil den Bemühungen der protestantischen Grafen.

Wie stellte sich nun Jakob von Eltz zu diesem Resultat seiner Kölner Politik? Durch einen Brief Portias an den Kardinal von Como, in dem der Nuntius von einem Gespräch mit Jakob erzählt, sind wir über die Gedanken des Kurfürsten zur Kölner Wahl unterrichtet¹⁾. Neben der Entrüstung über die Perfidie des Kölner Kapitels findet die erlittene Enttäuschung in einer pessimistischen Anschauung über den Zustand und die Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland ihren Ausdruck. Der Kölner Vorgang gewinnt für ihn symptomatische Bedeutung. Das Schlimmste ist zu erwarten, wo die Kapitularer immer mehr nicht nur die Autorität des hl. Stuhles zurückweisen, sondern auch die ihrer eigenen Bischöfe mit Füßen treten. Das Schreckgespenst seiner ganzen Regierung erhebt wieder drohend das Haupt, die Furcht vor der Vernichtung des Katholizismus am Niederrhein und einer Gefährdung seines Werkes in Trier. Der Kurfürst von Köln ist ja an sich nicht gefährlich, da er als guter Katholik bekannt ist. Aber Jakob fürchtet, daß er ganz in der Gewalt der protestantischen Domkapitularen und der Wetterauer Grafen sei.

Wie ihn aber bisher diese Furcht zum Parteigänger Bayerns gemacht hatte, so brachte sie ihn nun in Gegensatz zur bayrischen Politik. Herzog Ernst, vor allem aber die bayrischen Räte waren nicht gesonnen, die Kölner Niederlage so ruhig hinzunehmen. Sie fochten die Richtigkeit des Wahldekrets und des Wahlvorgangs an und planten einen Prozeß an der Kurie²⁾. Angesichts dieser Pläne hörte aber Jakobs bayrische Parteipolitik auf. Er sah deutlich, daß nur eine kriegerische Unternehmung großen Stils daraus entstehen werde, die die drei geistlichen Kurfürstentümer in das größte Unglück stürzen könnte; denn die Gefahr bestand, daß dadurch die Rheinlande mit in den großen Brand in den Niederlanden hineingerissen wurden. Jakob hielt es deshalb für richtig, Gebhard Truchsess gegenüber eine vorsichtige, aber versöhnliche Haltung einzunehmen entsprechend dem höflich werbenden Benehmen Gebhards bei den alten Freunden Bayerns.

Schon bald nach seiner Wahl, Anfang 1587, hatte Bischof Johann von Straßburg zugunsten Gebhards mit Jakob verhandelt, um die Unterstützung Triers zu gewinnen, falls Gebhard Schwierigkeiten bereitet würden. Jakob war zunächst in Verlegenheit, wie er sich verhalten sollte. Im Grunde war es ihm durchaus lieb, auf den neuen Erzbischof Einfluß zu gewinnen und in ein freundnachbarliches Verhältnis zu ihm zu treten, nachdem so lange Unstimmigkeiten zwischen Köln und Trier geherrscht hatten. Da kam Gebhard ohne weitere offizielle Verhandlungen Mitte Februar 1578 zu ihm nach Koblenz³⁾. Ob bei dieser Zusammenkunft Jakob wirklich dem Kölner seinen Beistand versprochen hat, wissen wir nicht. Doch scheint sein Einfluß auf den Kollegen in jenen Tagen engen persönlichen Verkehrs, in denen die ernste würdige Persönlichkeit Jakobs ungehemmt wirken konnte, nicht gering gewesen zu sein. Jener Brief Portias vom 23. 2. 1578 berichtet, daß Jakob Portia um Rat gefragt habe, wie er sich bei einem Besuch Gebhards benehmen solle. Portia habe ihm geraten, ungescheut den Gast zu ermahnen, sich zur Sache der Katholiken zu halten, Priester zu

¹⁾ Nunt. Berichte III₁ s. S. 245 und S. 249; Brief vom 23. 2. 1578.

²⁾ Nunt. Berichte III₁, S. 216 ff.

³⁾ Dieser Besuch war abgekartetes Spiel, denn schon vorher spricht Jakob mit Portia darüber, daß ihn Gebhard wohl auf diese Weise überraschen werde. Diese Täuschung ist nur Bayerns wegen ausgeführt worden.

werden und den Umgang der Verdächtigen zu meiden. Der erste greifbare Erfolg dieser Mahnung war der, daß sich Gebhard in jenen Besuchstagen feierlich von Jakob zum Diakon weihen ließ und die *Professio fidei* in seine Hände leistete¹⁾. Das war ein bedeutsamer Schritt, wenn man bedenkt, wieviel Zank und Streit mit Kapitel und Kurie gerade wegen Priesterweihe und *Professio fidei* für die zwei letzten Kölner Kurfürsten entstanden war. Auch sonst zeigte sich Gebhard als eifriger Katholik, der den Kölner Protestanten nichts durchgehen ließ²⁾. Jakob von Eltz konnte also zu guter Letzt mit dem Ausgang dieser schwierigen Angelegenheit doch noch zufrieden sein, und das um so eher, als das Endziel der Trierer Politik ja nicht der Nutzen der bayrischen Dynastie, sondern die Erhaltung des Katholizismus in Köln gewesen war. Eine bayrische Nachfolge schien nur der sicherste Weg zu diesem Ziele zu sein.

Im Blick auf den Gang der Verhandlungen läßt sich nicht leugnen, daß die Trierer die Sache Bayerns in Köln mit Geschicklichkeit und Ausdauer geführt haben. Zielsicher und unbeirrbar räumte Wimpfeling eine Schwierigkeit nach der andern durch Überredung, Versprechung, Vermittlung aus dem Wege. Im Gegensatz zu Salentin und der Kurie rechnete er mit den tatsächlichen Verhältnissen, wich gelegentlich einen Schritt zurück, um desto sicherer zum Ziele zu kommen. Zuerst ein Verteidiger der Koadjutorie, wählte er den Umweg der legalen Wahl Ernsts durch das Kapitel, als er die Unmöglichkeit erkannte, sie durchzusetzen. Als zuletzt doch alle Mühe vergeblich gewesen war, besaß man in Trier Einsicht und Beweglichkeit genug, nicht in der Opposition zu verharren, sondern aus dem vorhandenen Ergebnis soviel Gewinn für die katholische Kirche zu ziehen wie eben möglich.

4. Der Kölner Pazifikationstag 1579.

Rudolf II. hatte die Regierung mit dem Wunsche angetreten, das durchzusetzen, was seinem Vater nicht gelungen war, den Frieden zwischen Philipp II. und den Niederlanden zu bewirken und dadurch auch dem Westen des Reiches Ruhe zu bringen. Im Laufe des Jahres 1577 wurde dieser Wunsch um so lebhafter, als der Bruder des Kaisers, Matthias, sich in die Niederlande begeben hatte und dort von der Oranien nicht sehr gewogenen Mittelpartei zum Statthalter ernannt worden war. Rudolf wünschte seinen Bruder in dieser Stellung zu halten und sah in einem gütlichen Ausgleich zwischen Philipp II. und den aufständischen Provinzen das geeignetste Mittel³⁾. Am spanischen Hofe waren die Bedingungen für eine kaiserliche Vermittlung günstiger als je. Seit Albas Entfernung aus den Niederlanden (Ende 1573) war ein Systemwechsel von der bisherigen Schreckensherrschaft zu einer Politik der Verhandlungen für die Niederlande erfolgt. Zugleich glaubte Philipp bei dem unter seinen Augen aufgewachsenen streng katholischen Rudolf vor einer Begünstigung protestantischer Religionsfreiheit sicher zu sein und ihm daher unbesorgt die Vermittlung anvertrauen zu können.

In Deutschland kamen für eine Unterstützung des Kaisers bei dieser Friedensaktion in erster Linie die rheinischen Fürsten in Betracht als diejenigen, welche die regsten Beziehungen zu Spanien und den Niederlanden unterhielten und unter dem niederländischen Krieg am meisten litten. Doch fanden die Pläne des Kaisers bei Trier, Mainz und Cleve zunächst wenig Anklang. Man glaubte nicht recht daran, daß der Kaiser ein „ehrlicher Makler“ sein würde, und fürchtete einen offenen Konflikt zwischen den deutschen und spanischen Habsburgern, in den man nicht gern verwickelt werden wollte. Nur wenn man der Zustimmung Philipps sicher war, wollte man den Gedanken näher in Erwägung ziehen⁴⁾.

Jakob von Eltz, der noch besonders vom Kaiser um seinen Rat gebeten worden war, vertrat die Meinung, daß der Bruder des Kaisers sich zurückziehen müsse und dann die Autorität des katholischen Königs wieder herzustellen sei. Denn ihre Vernichtung habe den gänzlichen Verfall der katholischen Religion nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in den Staaten von Cleve, Köln, Mainz und Trier zur Folge⁵⁾. Wieder war der Gedanke

¹⁾ Hontheim III, S. 93. — ²⁾ Nunt. Berichte III₁, S. 269. In seinen Versuchen, den Kölner Stadtrat zu katholisieren, wurde er auch von Jakob unterstützt.

³⁾ Moritz Ritter I, S. 541. — ⁴⁾ Nunt. Berichte III₁, S. 230 f. — ⁵⁾ Nunt. Ber. III₁, S. 248.

für Jakob maßgebend, daß die Geschlossenheit der katholischen Territorien am Rhein nicht angetastet werden durfte, wenn er sein eigenes Land der alten Kirche erhalten wollte. Der Friede in den Niederlanden war ihm gewiß lieb; aber den spanischen Rückhalt für die katholischen Fürsten am Rhein wünschte er nicht dafür zu opfern.

Die allgemeine Friedenssehnsucht überwand jedoch auch die Bedenken der meisten für die Vermittlung in Aussicht genommenen Fürsten¹⁾. Am 24. Juli 1578 erklärte sich Philipp II. offiziell bereit, die kaiserliche Vermittlung anzunehmen. Damit war das wichtigste Hindernis für die Teilnahme der rheinischen Fürsten an dem Unternehmen gefallen. Spätestens im Oktober²⁾ hat Trier sich zur Übernahme des Postens bereit erklärt, ebenso der Herzog von Jülich-Cleve. Köln hatte zwar abgelehnt, schien aber noch nicht das letzte Wort gesprochen zu haben. Ein rundes Nein hatte der Kaiser nur von Mainz erhalten. Diese Ablehnung entsprang der klaren Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit dieses Friedenswerkes. Denn Daniel Brendel von Mainz war ein viel zu kluger und kühler Kopf, um sich wegen eines sicheren Mißerfolges Feinde zu machen. Auch den andern Kommissaren war es vollkommen klar, daß es so gut wie unmöglich war, einen Ausgleich zwischen den so entgegengesetzten Forderungen der beiden feindlichen Parteien zu finden³⁾. Philipp II. wollte überhaupt nur unter der Bedingung in Verhandlung treten, daß über die Erhaltung des Gehorsams gegen die katholische Kirche und den König, wie er zu den Zeiten Karls V. geübt worden war, gar nicht erst geredet werde. Ohne Zugeständnisse auf diesem Gebiet ließen sich aber auch die bescheidensten Forderungen der Niederländischen Generalstaaten nicht erfüllen, wie die Anerkennung der Genter Pazifikation, auf der auch der Kaiser bestehen mußte, da die Stellung des Erzherzogs Matthias auf ihr beruhte. Doch erklärten sich außer Trier und Cleve endlich auch Köln und Würzburg bereit, trotzdem einen Versuch zu wagen.

Bis Januar 1579 konnte der Kaiser jedoch keine bindende Zuage von den Generalstaaten erlangen. Sie gaben vielmehr unter der Hand zu verstehen, daß ihnen der Kurfürst von Trier und der Herzog von Cleve als kaiserliche Vertreter durchaus nicht erwünscht seien⁴⁾. Man argwöhnte wohl, daß sie als Freunde Spaniens es an der nötigen Unparteilichkeit fehlen lassen würden, so wie Philipp II. dem Kölner Kurfürsten wegen seiner „stretta amicitia“ zu Oranien mißtraute, wie Portia schreibt.

Doch im Februar 1579 waren die Schwierigkeiten glücklich überwunden. Das Ergebnis dieser endlosen Verhandlungen war, daß Trier, Köln, Würzburg persönlich in Köln als kaiserliche Kommissare die Verhandlungen führen sollten, unterstützt von den clevischen Gesandten und einem kaiserlichen Rat. Anfang April 1579 fanden sich die Kommissare, der Nuntius Castagna und der spanische Gesandte, der Herzog von Terranova, in Köln ein, einen Monat später erst die Abgesandten der Generalstaaten, deren geistiger Führer Aggäus Albada war.

An der Tätigkeit der Kommissare auf dem Friedenskongreß war Trier in hervorragender Weise beteiligt, da es den Vorsitz führte. Wimpheling leitete die Geschäfte im Auftrage der fürstlichen Kommissare. Eine schwierige Aufgabe war den kaiserlichen Vertretern zugefallen. Das zeigte schon ein Vergleich der Forderungen, die von beiden Parteien als Minimum aufgestellt worden waren. Dazu kam noch der Umstand, daß die Kommissare alle Katholiken waren, eine wirkliche Unparteilichkeit also ausgeschlossen schien, schon allein im Hauptpunkte, der Religionsfrage. Im Grunde waren ihre Sympathien doch auf seiten Spaniens. Ein Zeitgenosse, Hermann von Weinsberg, urteilt über ihre Stellung: „... die drei geistliche chur- und fursten wurden auch in religion-sach nit nachlassen dürfen, wan sie eben gern deden, damit man nit zu sagen, die hoigste geistlichn hetten fremde religion gestattet“⁵⁾.

¹⁾ Der Beschluß der Kölner Tagung des oberrhein., kurrhein. und niederrhein.-westfäl. Kreises, den Kaiser um Beschleunigung der Friedensaktion zu bitten, zeigt, wie stark der Wunsch nach Frieden war (September 1578). Nunt. Berichte III₂ S. 230 Anm. 2.

²⁾ Denn am 27. Oktober 1578 schreibt Castagna aus Prag, der Kurfürst von Trier habe bereitwillig zugestimmt. Nunt. Berichte III₂ S. 235.

³⁾ eb. S. 244. „La causa che gli elettori refuggano, si dicere essere, perchè non si spera pace senza lesione della religione, al che non vogliono trovarsi“.

⁴⁾ Nunt. Berichte III 2 S. 240 f. — ⁵⁾ Buch Weinsberg III S. 34.

Gleich von vornherein machte sich diese Voreingenommenheit der Kommissare bemerkbar. Als am 18. Mai die Gesandten der Staaten ihre Forderungen überreicht hatten, erklärte ihnen am folgenden Tage Wimpheling im Auftrage der Fürsten, sie fänden diese Artikel „adeo irrationabiles, durös et enormes tam remotos etiam prioribus pactis et conventis ut nec Imperator nec Rex, nec Dux de Terranova velint aut possint ad eos attendere“¹⁾. Die Gesandten gaben denn auch tatsächlich in einigen, wenn auch nicht wesentlichen Punkten nach. Die ebenso extremen Artikel Terranovas, überreicht am 1. Juni, empfahlen ihnen die Kommissare am 9. Juni zur Annahme als „billig und gemäßigt“²⁾. Sie stellten sich also auf den spanischen Standpunkt, daß es im Grunde ein Akt der Gnade sei, wenn der König von Spanien mit den Niederländern verhandele. Natürlich blieb es da nicht aus, daß sich die staatlichen Gesandten über diese Art der Vermittlung beschwerten. Da ferner die am 1. Juni überreichten Artikel erst am 9. Juni weitergegeben worden waren, so erwachte unter ihnen der Argwohn, daß es sich hier um eine absichtliche Verschleppung handele, damit inzwischen durch die Eroberung von Maestricht die Lage für den König günstiger werde³⁾. Maestricht wurde gerade von Alexander Farnese, dem Generalgouverneur Philipps II. in den Niederlanden, belagert.

Doch wenn sich die Gesandten in diesem Punkte auch wohl getäuscht haben, so kennzeichnet dieser Auftakt doch die Art und Weise der Verhandlungen. Wie sehr man auf spanischer Seite diese Voreingenommenheit der Kommissare zu benutzen und zu verstärken verstand, zeigte sich bei der Frage des Waffenstillstandes, der für die Dauer der Tagung von den Niederländern wegen Maestrichts dringend gefordert wurde. Farnese schrieb darüber an Terranova: „Non possum non monere quamvis supervacaneum sit, quod multae difficultates possunt explanari, si tua Excellentia pecunia largiatur nonnullis familiaribus ministris commissariorum eosque hac via expugnet atque alios quos convenire arbitrabitur“⁴⁾. Es ist selbstverständlich, daß hierbei auch an Wimpheling, den wichtigsten dieser „ministri“ und Leiter der Verhandlungen gedacht ist. Tatsächlich entsprach die Stellungnahme der Kommissare in der Frage des Waffenstillstandes durchaus den spanischen Wünschen⁵⁾.

Nachdem die von beiden Parteien vorgelegten Friedensartikel als unmöglich ausgeschaltet worden waren, standen im Mittelpunkt der Verhandlungen die nunmehr von den Kommissaren aufgestellten Artikel, die aber im wesentlichen nur die wenig veränderten spanischen Artikel darstellten. Eine mildernde Abänderung setzten die niederländischen Gesandten erst durch, als sie am 12. Juli mit dem Abbruch der Verhandlungen drohten, falls nicht günstigere Artikel von den Kommissaren vorgelegt würden. In dieser Erklärung machte den größten Eindruck auf die Kommissare der Passus über das Reformationsrecht. Hier sagt die niederländische Denkschrift: „Uno multo magis mirati sumus, non ea media a Celss. et Dign. V. proposita esse, quae fere omnes Principes Catholici in suis ditionibus piissime et prudentissime servant, ne cui subdito in religione graves sint, si civiliter et honeste secundum politicas leges inter concives . . . suos vivat, modo non auctor sit alterius exercitii, vel in eo loco alio exercitio uti cupiat, et adhuc controversia est in imperio, an qui sic vivit, expelli possit“⁶⁾. Dieser Schlag traf die Fürsten an einer empfindlichen Stelle, denn jene Worte, coram publico gesprochen, bedeuteten nichts anderes, als eine Bedrohung des fürstlichen Rechtes, andersgläubige Untertanen auszuweisen. Namentlich Jakob von Eltz mußte sich hier auf das Empfindlichste in seinen gegenreformatorischen Bestrebungen gestört fühlen. Verbunden mit der niederländischen Drohung, den König abzusetzen und statt seiner den Herzog von Anjou anzunehmen, hat dieses Ultimatum vom 12. Juli doch gewirkt. Am 18. Juli wurden den Gesandten revidierte Artikel der Kommissare von Wimpheling überreicht, der zugleich in einer längeren Rede die niederländische Ansicht über das Reformationsrecht zurückwies, aus der deutlich die Sorge der Kommissare für ihre eigene Stellung ihren Untertanen gegenüber sprach⁷⁾. In gereiztem Tone beklagt er sich sodann, über die von seiten

¹⁾ Acta Pacificationis S. 32. — ²⁾ eb. S. 60. — ³⁾ Actes des Etats généraux II. S. 213. — ⁴⁾ Acta Pacificationis S. 86 ff. — ⁵⁾ Acta Pacif. S. 90, 92 ff. — ⁶⁾ eb. S. 129.

⁷⁾ Acta Pacif. S. 132. „Quasi sermone illo nihil aliud quaereretur, quam facem discordiis Belgii addere vel eas alibi etiam excitare: non agnoscere se, ullum Principem Germaniae ad aliud quid obstrictum esse quam quod ex gratia facere velit.“

der Gesandten gemachte Bemerkung, im Punkte der Religion sei ihnen sogar von Terranova mehr angeboten worden als von den Kommissaren. So wolle man ihnen denn die Verhandlungen mit dem Herzog über diese Sache selbst überlassen. Es ist klar, die Kommissare waren das ganze unfruchtbare Unternehmen herzlich leid.

Trotz einer gewissen Milderung der Artikel¹⁾ war der Preis des Friedens auch so für die Generalstaaten zu hoch. Nur vereinzelte Stimmen erhoben sich in den Niederlanden für die Annahme. Schon seit Ende August war somit den Kölner Verhandlungen Erfolglosigkeit sicher. Die Spanier hatten ebenfalls durchaus kein Interesse mehr an einer Fortsetzung der Verhandlungen. Denn der Sache des Königs war jetzt am besten gedient mit einer konsequenten Durchführung der Politik Alexander Farneses, der es verstand, die in den Provinzen bestehenden Gegensätze zu vertiefen und für Spanien auszunutzen.

Bis zum Schlusse der Tagung hielt Jakob von Eltz in Köln aus trotz der dort ausgebrochenen Pest, des bei seinem Alter und seiner Kränklichkeit besonders beschwerlichen Winters und der bedeutenden Kosten eines solchen Aufenthaltes. Es war für ihn dabei der Wunsch der Kurie und Spaniens maßgebend, welche die Angelegenheit nicht im Sande verlaufen lassen wollten, sondern beabsichtigten, in einem offiziellen Abschluß der Welt noch einmal vor Augen zu führen, wie das Scheitern der Friedensverhandlungen allein dem Übermut und der Halsstarrigkeit der Niederländer zuzuschreiben sei²⁾. Als auch Anfang November noch keine endgültige Antwort von den Generalstaaten angelangt war, wurde am 13. November der Rezeß der Kölner Tagung verlesen. Die Tätigkeit der Kommissare war damit beendet. Den Frieden hatten sie nicht bringen können. Nach allem, was zwischen den Niederländern und Philipp II. vorgefallen war, gehörte ein Ausgleich, wie er in Köln versucht wurde, wohl kaum zu dem Erreichbaren. Die Persönlichkeiten der Kommissare mit ihrem einseitig katholischen Standpunkt, an dessen starker Ausprägung auf dem Kongreß Trier als Leiter den größten Anteil hatte, waren aber erst recht nicht geeignet, das fast Unmögliche möglich zu machen. Sie hatten nur eine Grundlage für weitere Verhandlungen mit einzelnen friedliebenden Provinzen schaffen können. Für Jakob III. bedeutete der Kölner Tag die letzte Betätigung in der europäischen Politik.

Schutz der kirchlichen Einheit des Trierer Erzstifts durch Förderung des Katholizismus in seiner Gesamtheit, das tritt für die gesamte äußere Politik Triers unter Jakob III. deutlich als der herrschende Gedanke hervor, der sich aus der Stellung Jakobs als geistlicher Fürst, aber auch aus seiner Persönlichkeit ergab. Zur Verwirklichung dieses Zieles suchte der Kurfürst den Anschluß an die stärkste katholische Macht, Spanien, und erstrebte im Reiche einen Zusammenschluß der katholischen Stände. Nicht aus Liebe zu Bayern, sondern vornehmlich zur Stärkung und Erhaltung des Katholizismus in seiner unmittelbaren Nachbarschaft unterstützte er die bayrische Kandidatur in Köln und bekämpfte so in der Praxis wie auf den Tagen zu Regensburg in der Theorie alle Versuche einer Erweiterung des Religionsfriedens zugunsten der Protestanten.

Jakobs Endziel ist erreicht worden. Der katholische Charakter des Trierer Landes ist in den politischen und kirchlichen Verwicklungen des Reiches und besonders der Rheingegenden unangetastet geblieben, freilich ein Ergebnis, an dem auch der allgemeine Gang der politischen Ereignisse Anteil hatte. Was Jakob in dieser Richtung im einzelnen unternahm, ist nicht immer erfolgreich gewesen infolge einer unglücklichen Verknüpfung von eigener Unsicherheit und schwieriger politischer Konstellation. Es scheiterten die katholischen Bündnisbestrebungen, und das Kölner Erzstift kam vorerst noch nicht unter bayrischen Einfluß, sondern trieb unter Gebhard Truchseß den schweren Kämpfen um sein Weiterbestehen als katholisches geistliches Fürstentum entgegen.

Die Festlegung der allgemeinen Richtlinien der Politik Triers im katholischen Sinn scheint mir durchaus eine Tat Jakobs selbst zu sein; denn sie entspricht seinem innersten Wesen. Wie weit er aber an der Ausführung dieser Grundidee im einzelnen Anteil hatte, ist schwer zu entscheiden. Die Korrespondenzen über den Landsberger Bund und die Berichte der Nuntien verraten eine starke Selbständigkeit der Räte, besonders des Kanzlers

¹⁾ eb. S. 135 ff. Wortlaut d. Artikel. — ²⁾ Nunt. Berichte III₂ S. 354.

Wimpheling. Seine Bedeutung für die Trierer Politik läßt sich ermessen aus dem Werben aller Parteien um seine Person¹⁾. Er teilte mit seinem Herrn die streng katholische Richtung in seinem Privatleben²⁾ und in der Politik, war aber an Ideenreichtum und Rührigkeit dem Kurfürsten überlegen. Jakob scheint mir eine vorsichtigeren, ruhigeren Art der politischen Betrachtung gehabt zu haben; er verstand es nicht, über Schwierigkeiten sich einfach hinwegzusetzen³⁾. Wo während der Bundesverhandlungen über Kleinmütigkeit Triers auf bayrischer Seite geklagt wird, da ist es auf ihn zurückzuführen. In diesem Zusammenhang sei auch das Urteil des Grafen Harrach über Jakob III. erwähnt, das uns zeigt, wie Jakob in der politischen Welt seiner Zeit eingeschätzt wurde: „Ungeachtet das diser Kurfürst in vil wort macht, so gibt er doch gute Achtung auf seine wortt und handlungen“⁴⁾.

IV. Der Tod Jakobs von Eltz.

Am 4. Juni 1581 starb Jakob von Eltz zu Trier⁵⁾. Im Trierer Dom wurde seine Leiche beigesetzt, sein Herz aber unter dem Altar der ihm so besonders lieb gewesenen Dreifaltigkeitskirche der Trierer Jesuiten.

Wie eine Ironie des Schicksals wirkt es, wenn gerade der Tod dieses alten Kämpfers gegen die Freistellung das Signal wurde für abenteuerlustige pfälzische Kreise, wie einst in Köln nun auch in Trier einen Versuch zu wagen, die Freistellung praktisch durchzusetzen. Ende Juli schlug der Pfalzgraf Georg Hans dem Trierer Domkapitel vor, daß es als beste Lösung der schwierigen Frage der Freistellung in Trier mit der Tat den Anfang machen und einen Potentaten deutscher Nation zum Erzbischof wählen sollte. Er dachte dabei ohne Zweifel an seinen ältesten Sohn, wenn er den einzelnen Kapitularen 1000 fl. als Geschenk versprach. Georg Hans schrieb an Johann Kasimir, er wolle durch einen Gewaltstreich die Freistellungsfrage lösen und „der Katze die Schelle umhängen“. Man müsse ein Exempel statuieren, „sonst spotten die paffen unser in die hand, das wir mit briefen sehr dräuen und mit den Herzen und der tat nichts ausrichten“⁶⁾.

Doch war in Trier kein Boden für eine solche Unternehmung. Der Vorschlag wurde glatt abgewiesen. In der Person Johann von Schönenbergs bestieg statt dessen ein Freund Jakobs III. den Trierer Stuhl, der bestrebt war, das Werk seines Vorgängers fortzusetzen.

Literatur*).

- Acta pacificationis, quae coram sacrae caesareae maiestatis commissariis Coloniae habita sunt. Lugduni 1580.
 F. v. Bezold: Briefe des Pfalzgrafen Johann Casimir und verwandte Schriftstücke. 3 Bände. München 1882—1903.
 v. Bezold-Gothel-Koser: Staat und Gesellschaft der neueren Zeit (Hinneberg: Kultur der Gegenwart II. 51). Berlin u. Leipzig 1908.
 J. J. Blattau: Statuta synodalia, Ordinationes et Mandata Archidioecesis Trevirensis. Tom. II. Augusta Trevirorum 1847.
 Chr. Brower u. Masen: Antiquitatum et Annalium Trevirensium libri XXV. Tom II. Leodii 1670. Collecion de documentos ineditos para la historia de España. Tom. XXXVII, XXXVIII. Madrid 1861—1895.
 Canones et Decreta Sacrosancti Oecumenici Concilii Tridentini . . . Leipzig 1876.
 B. Duhr, S. J.: Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge. Freiburg i. Br. 1909—13.
 St. Ehse: Informationsprozeß über den Trierer Erzbischof Jakob von Eltz. (Pastor Bonus XII.)
 M. Gachard: Actes des Etats généraux des Pays-Bas, II. Brüssel 1861.
 M. Gachard: Correspondance de Philippe II sur les affaires des Pays-Bas. Tom. II et III Bruxelles 1851.
 M. Gachard: Correspondance de Guillaume le Taciturne. IV. Bruxelles 1847—57.

¹⁾ Nunt. Korresp. Groppers Nr. 131 S. 158 wird berichtet von Bemühungen protestantischer Fürsten, ihn durch Geldgeschenke zu gewinnen.

²⁾ eb. Gropper über Wimphelings Familie.

³⁾ vgl. oben S. 26 über die draufgängerische Art der Trierer Räte.

⁴⁾ Schneidt, S. 196. Dieses Wort fiel bei den Verhandlungen zur Wahl Rudolfs II.

⁵⁾ Roth, Geschichte der Grafen und Herren von Eltz, II, S. 296.

⁶⁾ von Bezold, „Briefe des Pfalzgrafen Johann Kasimir“, S. 444, Nr. 297 und Anm. 1.

*) Da diese Arbeit Ostern 1920 als Doktordissertation der philosophischen Fakultät der Universität Bonn überreicht wurde, ist nur die bis zu diesem Zeitpunkte erschienene Literatur berücksichtigt worden.

Gesta Trevirorum, ed. Wytttenbach-Müller.

W. Goetz: Beiträge zur Geschichte Herzog Albrechts V. und des Landsberger Bundes 1556—98. (Briefe und Akten zur Geschichte des XVI. Jahrhunderts, Bd. 5.) München 1898.

Eb. Gothein Ignatius von Loyola und die Gegenreformation. Halle 1895.

Groen van Prinsterer: Archives ou correspondance inedite de la maison d'Orange-Nassau. Ser. I, 6 u. 7. Utrecht 1857/58.

J. Hansen: Nuntiaturberichte aus Deutschland, III. Reihe, 1572—85. I. Bd. Berlin 1892, II. Bd. Berlin 1894.

J. Hansen: Rheinische Akten zur Geschichte des Jesuitenordens 1542—1582. Bonn 1899.

J. Hansen: Der niederländische Pacificationstag zu Köln im Jahre 1579. (Westdeutsche Ztschr. f. Gesch. u. Kunst, Jg. XIII.)

J. N. ab Hontheim: Historia Trevirensis Diplomatica et Pragmatica. 3 Bde. Augsb. u. Würzburg. 1750.

J. N. ab Hontheim: Prodromus Historiae Trevirensis Diplomaticae et pragmaticae . . . Aug. Vindel. 1757.

O. H. Hopfen: Kaiser Maximilian II. und der Kompromißkatholizismus. München 1895.

Hüllen: Die Tridentinische Reform im Erzstift Trier 1567—1599. (Pastor Bonus XIV.)

F. Hüllen: Gesch. des Kgl. Friedr.-Wilh.-Gymnasiums in Trier. 1. Das Jesuitengymnasium (1563 bis 1773). In der „Festschrift zur Feier des 350jähr. Jubil. der Anstalt“. 1913.

K. Kammer: Die Jesuiten in Trier. Trier 1906.

L. Keller: Die Gegenreformation in Westfalen und am Niederrhein. I. T. Leipzig 1881 f.

L. Keller: Herzog Alba u. die Wiederherstellg. der kath. Kirche am Rhein. (Preuß. Jahrb. XLVIII.)

G. Kentenich: Geschichte der Stadt Trier von ihrer Begründung bis zur Gegenwart. Trier 1915.

G. Kentenich: Aktenstücke zur Geschichte der Trierer Jesuiten. (Trierer Archiv XIII.)

G. Kentenich: Aktenstücke zur Geschichte des sog. Bohnenkrieges. (Trierer Archiv VII.)

G. Kentenich: Wie Kurfürst Jakob von Eltz von der Stadt Trier Besitz ergriff. (Trierer Chronik, Heft VII—IX.)

A. Kluckhohn: Briefe Friedrichs des Frommen, Kurfürsten von der Pfalz, mit verwandten Schriftstücken. 2 Bde. Braunschweig 1868/72.

Joh. Kremer: Studien zur Geschichte der Trierer Wahlkapitulationen. (Westdeutsche Zeitschrift, Ergänzungsheft XVI.)

Friedrich Lau: Das Buch Weinsberg. Bd. III. Bonn 1897.

J. Leonhardy: Geschichte des Trierer Landes und Volkes . . . Trier 1877. 2. Aufl.

M. Lossen: Der kölnische Krieg. I. 1561—1581. Gotha 1882.

M. Lossen: Aggäus Albada und der Kölner Pacifikationskongreß 1579. (Histor. Taschenbuch, V. Folge, 6. Bd.)

J. Marx: Geschichte des Erzstiftes Trier. Trier 1858. Bd. I/II.

J. Marx: Trevirensia. Literaturkunde zur Geschichte der Trierer Lande. Trier 1909.

G. Mentz: Deutsche Geschichte von 1492—1648. Tübingen 1913.

H. Moritz: Die Wahl Rudolfs II., der Reichstag zu Regensburg und die Freistellungsbewegung. Marburg 1895.

J. J. Moser: Staatsrecht des Churf. Erzstiftes Trier wie auch der gefürsteten Abtey Prüm und der Abtey St. Maximin. Leipzig u. Frankfurt 1740.

J. Ney: Die Reformation in Trier 1559 und ihre Unterdrückung. 2 Hefte. (Schriften des Vereins für Reform.-Geschichte, Nr. 88/89.)

Marquis de Noailles: Henri de Valois et la Pologne en 1572. 3 T. Paris 1867.

W. Platzhoff: Frankreich und die deutschen Protestanten in den Jahren 1570—1573. München u. Berlin 1912.

Pouillet et Piot: Correspondance du cardinal de Granvelle. Tom. IV, V, VI. Bruxelles 1881—84.

L. v. Ranke: Zur deutschen Geschichte vom Religionstrieden bis zum 30jähr. Krieg. Leipzig 1882.

L. v. Ranke: Über die Zeiten Ferdinands I. und Maximilians II. Volksausgabe, Bd. 10. München u. Leipzig 1915.

L. v. Ranke: Die römischen Päpste in den letzten vier Jahrhunderten. Volksausgabe, Bd. 6—8. München u. Leipzig 1915.

S. Riezler: Geschichte Bayerns. 6 Bde. Gotha 1878 ff.

M. Ritter: Deutsche Geschichte vor 1555—1648. 3 Bde. Stuttgart 1889, 1895, 1908.

J. Roth: Geschichte der Grafen und Herren von Eltz. 2 Bde. Mainz 1890.

H. v. Sauerland: Einverleibung des Fürstentums Prüm in das Kurstift Trier. (Westd. Ztsch. X.)

H. v. Sauerland: Eine Charakteristik Jakobs von Eltz. (Trierer Archiv IX.)

K. Schellhass: Nuntiaturberichte aus Deutschland. 1572—1585. Berlin 1903.

J. M. Schneid: Vollständige Geschichte der römischen Königswahl Rudolfs II. aus meistens annoch ungedruckten Urkunden. Würzburg 1792.

E. W. Schwartz: Nuntiaturkorrespondenz von Kaspar Gropper. Paderborn 1898.

E. W. Schwartz: Briefe und Akten z. Gesch. Maximil. II. Paderborn 1891.

Scotti: Sammlung der Gesetze und Verordnungen in d. vormaligen Kurfürstent. Trier. 1832.

v. Stramberg: Denkwürdiger und nützlicher rhein. Antiquarius. I. Abt. 2. Bd.

A. Theiner: Annales ecclesiastici 1542—1582. Tom. III. Rom 1856.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite		
	Heimatbuch		
Einleitung	1		
I. Herkunft und Regierungsantritt	2		
II. Jakob III. als Territorialfürst	3		
1. Der Kampf gegen das ständische Streben nach Reichsunmittelbarkeit	3		
2. Die weltliche Verwaltung des Erzstiftes	6		
3. Die kirchliche Reform des Erzbistums	10		
<hr style="width: 20%; margin: 10px auto;"/>			
		Tr. Zeitschrift I	
		Sonderabdruck	Heft 3
III. Jakob III. als Kurfürst des Reiches	19	. .	101
1. Die kriegerischen Wirren am Rhein und die politische Stellung Triers zu den Nachbarstaaten in den ersten Jahren seiner Regierung	19	. .	101
2. Die katholischen Bündnisbestrebungen Jakobs	21	. .	103
3. Jakob von Eltz im Kampfe gegen die Freistellung	29	. .	111
Der Wahltag zu Regensburg 1575	30	. .	112
Der Reichstag zu Regensburg 1576	30	. .	112
Der Streit um die Nachfolge in Köln	31	. .	113
4. Der Kölner Pacificationstag 1579	36	. .	118
IV. Jakobs III. Tod	40	. .	122
Literaturverzeichnis	40	. .	122
Inhaltsverzeichnis	42	. .	124